

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Freitag, den 21. August 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

### Die Erweiterung Berlins.

Der Stadt Berlin steht eine bedeutende Erweiterung durch die von der Staatsregierung betriebene Einverleibung einer Anzahl Vororte in das Stadtgebiet bevor. Man sollte zunächst meinen, daß bei den Vätern der Stadt und Freunde herrschen würde wegen dieser Ausdehnung des Machtgebiets. Aber weit gefehlt; sie sträuben sich dagegen mit Hand und Fuß. Die Erklärung liegt nahe: es geht ihnen an den Geldsack, und da haben sie nicht Auge und Ohr für die Zweckmäßigkeitsgründe, welche der Stadterweiterung das Wort reden.

Man kann das reizend schnelle Anwachsen der Großstädte als ein Zeichen ungesunder Wirtschaftszustände bezeichnen und wird dennoch nicht umhin können aus der einmal gegebenen Thatsache die unabwieslichen Schlussfolgerungen zu ziehen. An verschiedenen Theilen der Reichsbildgrenze ist die Hauptstadt längst mit den Vorortgemeinden zusammengewachsen. Charlottenburg, Schöneberg, Nixdorf, Friedrichsberg, Rummelsburg, um nur die nächstliegenden zu nennen, sind längst Theile Berlins geworden, Theile, die sich gleich Polypenarmen anwachsen in die Felder und Wiesen der Umgebungen. Die Straßenzüge verlaufen ineinander, der Verkehr unterchiedslos über die unsichtbaren Ortsgrenzen hinweg und herüber. Und was mehr sagen kann, ist diese äußerliche Verbindung, auch die Bewohner der Vororte in Außengemeinden sucht seinen Erwerb in Berlin und nimmt jenseits von dessen Reichsbildgrenzen nur seine Wohnung, und sonst alle Außenberliner machen ihre Haupteinkäufe in den großen Ladengeschäften der inneren Stadt. Wenn man von den wenigen Willenbesitzern der Vororte absieht, ist es der minder steuerpflichtige Theil Großberlins, der dort sein Heim aufgeschlagen hat. Diese Vororte erfordern aber gerade jetzt bei dem Ausbau ihres Gebiets auch eine größere Baukosten für öffentliche Anlagen. Daher kommt es, daß die Kommunalsteuern daselbst zu einer außerordentlichen Höhe angeschwollen sind; Charlottenburg beispielsweise 150 pCt. der Staats-Klassen- und Einkommensteuer der Gemeindebezirke, Berlin nur 100. Die Befürchtung, daß Berlin erheblich mehr an Kommunalsteuern aufzubringen hätte, wenn es die Außenbezirke sich einverleibt, ist nicht unbegründet, welche die Väter der Stadt gegen die an sich durch die Stadterweiterung gebotene Stadterweiterung so sehr einzuengen hat.

Daß überhaupt eine Gemeinde sich weigert, werthevolle und im Werthe stets wachsende Landstriche ihrem

Gebiete einzuverleiben, ist wiederum eine klägliche Illustration dazu, wie gänzlich auf den Kopf gestellt die wirtschaftlichen Zustände im modernen Klassenstaat sind. Würde, wie es die soziale Gerechtigkeit fordert, der Grund und Boden von Staat und Gemeinde zum Nutzen des Gemeinwohls verwaltet, so würde eine Stadterweiterung, welche durch die natürliche Entwicklung geboten wird, nirgends Anstoß erregen.

Wollten wir die von unserem Standpunkte aus gerechtfertigte Forderung erheben, daß die geplante Stadterweiterung Berlins mit dem Uebergange des Grund und Bodens in den Besitz der künftigen Gesamtgemeinde vereint würde, so würden wir zwar Entsetzen bei dem herrschenden Ringe der Hausbesitzer erregen, praktisch aber nichts erreichen, da eine solche örtlich begrenzte Maßregel sich im gegenwärtigen Staate nicht erreichen läßt und erst mit der Sozialisierung des gesamten Staats- und Wirtschaftslebens ihrer Verwirklichung entgegengeht.

Diese Einsicht braucht aber nicht auszuschließen, daß wir dahin streben, die geplante Stadterweiterung so vortheilhaft wie möglich für die nichtbemittelte, arbeitende Bevölkerung der Großstadt zu machen. Da müssen wir denn allerdings entschieden Verwahrung dagegen einlegen, daß durch Ausdehnung des gegenwärtigen verfahrenen Steuersystems der Gemeinde Berlin auf die künftige Großgemeinde den Besitzern der Baugründe auch fortan Millionen in den Schooß geschüttet werden. Da der materielle Vortheil der öffentlichen Bauten ausschließlich den Haus- und Grundbesitzern zu Gute kommt, ist es das Mindeste, was die Gemeinde verlangen kann, daß sie auch die Kosten für diese öffentlichen Bauten bestreiten, nicht aber die Miether, denen jede aus öffentlichen Anlagen entspringende Besserung der Wohnverhältnisse so wie so durch Anziehung der Miethschraube fühlbar gemacht wird. Deshalb müssen wir fordern, daß die geplante Stadterweiterung begleitet wird durch die Aufhebung der längst als verwerflich nachgewiesenen Miethsteuer und Ersetzung derselben durch eine Abgabe, welche durch die Haus- und Grundbesitzer aufzubringen ist; insbesondere muß eine Form gefunden werden, um die zur Bebauung kommenden Grundstücke mit einer Abgabe zu belasten, da gerade deren Werth unverhältnißmäßig durch die Stadterweiterung und die bevorstehenden öffentlichen Bauten steigen muß.

Eine derartige Lösung der Schwierigkeit wird sich zwar sicher nicht des Weifalls der Hausbesitzer erfreuen, welche in der Berliner Stadtverwaltung die maßgebende Rolle spielen. Um so mehr wird es Aufgabe der sozialdemokratischen Stadtverordneten sein, bei dieser Gelegenheit eine Milderung der drückenden Lasten für das arbeitende Volk in dem jetzigen und dem künftigen größeren Berlin zu erwirken.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. August.

Die Herabsetzung der Eisenbahn-Tarife für den Transport von Getreide und Mühlenfabrikaten aller Art, welche der „Reichs-Anzeiger“ neulich in Aussicht gestellt hatte, wird am 1. September erfolgen. Die Tarifierleichterung, die vorläufig nur im Lokal- und Wechselverkehr preussischer Staatsbahnen für Entfernungen von 200 Kilometer und darüber eingeführt wird, läßt sich aus folgenden vergleichenden Angaben abschätzen:

Auf eine Entfernung von Kilometern	Frachtfuß nach dem		
	normalen Spezialtarif I	neuen Ausnahmetarif	Ermäßigung für 100 Kilogramm in Mark
300	1,47	1,32	0,15
400	1,92	1,52	0,40
500	2,37	1,72	0,65
600	2,82	1,92	0,90
700	3,27	2,12	1,15
800	3,72	2,32	1,40
900	4,17	2,52	1,65
1000	4,62	2,72	1,90
1100	5,07	2,92	2,15
1200	5,52	3,12	2,40

Es sollen außer Preußen auch diejenigen deutschen Bundesstaaten, welche Staatseisenbahnen besitzen, seitens des Herrn Reichskanzlers um Annahme der gleichen Tarife ersucht worden sein. Die ostelbischen großen Getreideproduzenten, denen so die Konkurrenz in Mittel- und West-Deutschland erleichtert wird, haben allen Grund, zufrieden zu sein. Der Nothstand der auf Getreidekonsum angewiesenen Bevölkerung bleibt durch solche Palliativmittelchen natürlich so gut wie unberührt.

Inzwischen mehren sich die Projekte „gutgesinnter“ Blätter, die den Pelz zwar waschen aber nicht nah machen wollen, von Tag zu Tage. Neben „Post“ und „Germania“ tritt nun auch das freikonservative „Deutsche Wochenblatt“ für staatlichen Getreide-Import ein.

Die Reichsregierung soll von einem bestimmten Zeitpunkt ab ermächtigt werden, Roggen und Weizen tollfrei einzuführen und dem inländischen Konsum zu den Selbstkosten mit der Maßgabe zur Verfügung zu stellen, daß Verkäufe seitens des Reiches zu niedrigeren Preisen als 190 M. für die Tonne Roggen und 210 M. für die Tonne Weizen nicht stattfinden dürfen. Auf diese Weise wünscht man nämlich zu verhindern, daß die zeitweilige Suspension zu einer dauernden Aufhebung der Getreidezölle führe. Das zu Gunsten des Großgrundbesitzes eingeführte Schräpf-System selbst steht in Gefahr; die Wiedereinführung der Zölle, nachdem man dieselben zeitweilig suspendierte, würde eine äußerst unpopuläre Maßregel sein und den heftigsten Widerstand im ganzen Volke hervorrufen. Darum soll man diese schiefe Bahn überhaupt nicht betreten. Was das Volk als sein Recht fordert und fordern darf, soll ihm als Almosen von der Regierung, die ihre Hand jederzeit wieder verschließen kann, gegeben werden. Doch ist das eine Rechnung ohne

### Revue.

#### Kapitän Lobe.

Von John Law.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Regina Bernstein.

Auf dem Wege nach Bethnal Green überkam ihn ein Brief vor dem East-End und all seiner Umgebung. Voller Leben und Hoffnung war er nach einer langen Abwesenheit zur Arbeit zurückgekehrt, und plötzlich, ohne jede Vorbereitung, traf ihn dieser Schlag. Ein Höhlennädchen ging an ihm vorüber und mechanisch legte er zwei Finger an die Lippen, als er den Gruf der Heilsarmee, „Galleajah“, vernahm. Er schien die Vorübergehenden kaum zu sehen, so wenig wie die Straße, als er zu dem Gemeindearzt ging.

Er fand die Apotheke leer. Die Thür, die zu des Doktors Konsultationszimmer führte, war angelehnt. Er klopfte an, doch Niemand sagte „Herein“. Er stieß die Thür auf und sah den modernen Prometheus. Der Doktor saß an dem Tische, auf welchem das Krankenbuch lag. Sein Kopf war in den Händen vergraben und seine große Figur schien zusammen gesunken. Als er Jemand hinein kommen hörte, erhob er den Kopf und richtete die Augen auf den kleinen Kapitän. Dann sprach er mit heiserer Stimme: „Ich habe ihn gesehen.“

Den Mann, der meine Schwester getödtet. Ich war auf dem Nachhausewege, als ich gerade gegen ihn anließ. Er konnte nicht ausweichen; er war gezwungen, mir ins Gesicht zu schauen. Er wurde kreidebleich und sagte: Für was für einen Lumpen müssen Sie mich halten!

Ich sah ihn eine Minute an, dann sagte ich, ich hoffte, er sei glücklich im West-End — erfolgreich — und mehr solcher Dinge. Dann ging ich heim. Ich hatte gesehen, daß es ihm schwer geworden, sich zu dem Ausdruck zu verstehen, denn der Bursche stammt aus einer sehr „respectablen“ Familie, und hält sich selbst für einen Ehrenmann! — O Lobe! Wie konnte meine Schwester einen so unbedeutenden Schurken lieben?

Der Doktor stand auf und schüttelte sich, gleich einem großen Hunde, der sein Fell schüttelt, nachdem er im Wasser gewesen. Doch plötzlich fiel ihm Kapitän Lobe's verstörtes Aussehen auf und er fragte: „Was giebt's?“

„Wo ist Ruth?“

„D.“ sagte der Doktor langsam, „das ist eine schlimme Geschichte.“

„Ist sie todt?“ fragte Kapitän Lobe kaum hörbar.

„Nein, aber sie ist schwer krank gewesen. Sie hat die Pocken gehabt.“

Kapitän Lobe athmete erleichtert auf.

„Und Esther?“ fragte er.

Sie ist vor einigen Wochen im Pockenlazareth an Nothlauf gestorben. Ich war, als Ruth krank wurde, auf einige Tage zur Erholung verreist und kam erst zurück, als dieser Bursche Pender die alte Esther ins Krankenhaus hatte bringen lassen. Er hatte einen Hilsarzt kommen lassen,

ihn genöthigt, das Attest zu unterzeichnen, und nach Norfolk-House telegraphirt. Die ganze Sache scheint im Handumdrehen abgemacht worden zu sein. Die Erste, die mir davon erzählte, war Ruth selbst, die ganz außer sich hierher kam. Eüher hatte sie in ihrer Krankheit gepflegt, und war darauf selbst erkrankt. Woher sie es überhaupt bekommen habe, kann ich nicht begreifen, denn es herrscht gar keine Epidemie in diesem Viertel; nicht ein einziger Fall ist in der Nachbarschaft vorgekommen. Aber ich habe mir selbst Vorwürfe zu machen. Ich hätte Ruth impfen sollen. Die Wahrheit zu sagen, fuhr der Doktor mit einem schuldbeugten Blick auf sein kleines Laboratorium fort, „ich bin leithin so vollständig von meinen Untersuchungen in Anspruch genommen gewesen, daß ich nicht genug an meine Patienten gedacht habe.“

„Ist Ruth sehr krank gewesen?“ fragte Kapitän Lobe leise.

„Sehr. Ich erkannte sie kaum wieder, als sie hierher kam. Sie hat ihr Haar und ihre Farben verloren; thatsächlich sieht sie —“

Der Doktor hielt an, und schien in Gedanken verloren. „Ich hörte einst eine Geschichte,“ sagte er dann, die Augen zur Zimmerdecke gerichtet, „es ist schon eine lange Zeit her, ich war noch ein Knabe. Sie wurde mir von einem Missionär erzählt. Es war einmal ein altes Oberhaupt, irgendwo draußen bei den Heiden, der ein Christ wurde. Das Erste, wozu sie ihn aufforderten, war, eine Frau zu wählen und ihr treu zu bleiben. Sie erlaubten ihm nicht, ferner mit einem Dutzend Weiber zusammen zu leben. Einige Zeit überlegte

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitspaltel oder deren Raum 60 Pfg., für Berichts- und Besprechungs-Anzeigen 30 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Aufsicht: Amt VI, Nr. 4106.

den Wirth, die staatsbehaltende Bürgerthugend der Genußsamkeit sieht dem Volke nicht mehr so tief, daß es mit diesem Gnadenbrote sich dankbarlichst zufrieden gäbe. Es fordert sein Recht.

Ob die Regierung auf solcherlei Vorschlag eingehen würde, ist übrigens mehr als fraglich. Jedenfalls wird die Nachricht, daß die deutsche Regierung in russischen Häfen und Grenzplätzen schon jetzt für die Armen habe Getreide aufkaufen lassen, demontirt.

Das „Wolffsche Telegraphenbureau“ spricht von Gerüchten, denen zufolge Rußland neben der Roggenausfuhr nunmehr auch den Weizenexport zu verbieten oder durch einen hohen Ausfuhrzoll einzuschränken beabsichtige. Daß die „Nordische Telegraphenagentur“ dieselbe als unwahrscheinlich hinstellt, will wenig sagen. Auch das Roggen-Ausfuhrverbot kam gänzlich überraschend. Die deutsche Regierung kann uns vor solchen Möglichkeiten nicht schützen. Je gefährlicher sich aber die Lage gestaltet, um so dringender wird die Verpflichtung für sie, das Ihre zu thun, es so schnell wie irgend möglich zu thun. Jede Zögerung in der Aufhebung der Zölle kann verderblich werden! —

Gegenüber der Meldung des „Rhein. Westf. Tageblatt“, eine Anklage gegen die Person Baare's sei nach der ganzen Sachlage ausgeschlossen, erzählt die „Köln. Volksztg.“: Das Ermittlungsverfahren richtete sich gegen Geheimrath Baare, dessen Sohn Fritz Baare, Generalsekretär des Vereins, den technischen Direktor Dieffenbach, Ingenieur Bering, Betriebsleiter der Schienenwalzwerke, gegen dessen Obermeister Gräß und Ingenieur Jul. Gremme, Leiter der Probefabrik. Niemand glaube, daß letztgenannte vier Beamten auf eigene Faust die Stempel fälschungen vorgenommen. Bering sein Landwehr-Artillerie-Hauptmann, der ohne ganz gehörige Garantien und angemessene Befehle sich nicht herbeilassen werde, Stempel zu fälschen. Recht so.

Sehr verständige Bemerkungen über den neuen Programm-Entwurf unserer Partei macht die „Kreuz-Zeitung“, die, weil sie selbst gewisse Prinzipien — wenn auch die reaktionärsten und hassenwertigsten — vertritt, noch immer mehr Verständnis für feindliche Prinzipien besitzt, als der Troß der gewöhnlichen im breiten Opportunitätsfahrwasser einhersegelnden konservativ-liberalen und liberal-konservativen Presse besitzt. Die ersten Abschnitte des Artikels, die wir hier unverkürzt folgen lassen, treffen den Nagel auf den Kopf:

Wir haben es vorgezogen, so schreibt das Junterblatt, mit unserem Urtheil über diesen Gegenstand an uns zu halten, bis die Blechmusik, welche von der liberalen Presse dazu aufgeführt wurde, veranlaßt wäre.

Die Sozialdemokratie hat das Unglück — vielleicht betrachtet sie selbst es als ein Glück, — immer mißverstanden und falsch beurtheilt zu werden. Im allgemeinen bewegt sich die Gemüthsstimmung ihrer Kritiker immer nur in den Extremen suffizanter Geringschätzung oder blasser Furcht. Nur diesem Mangel an Besonnenheit oder Urtheilsfähigkeit ist es auch diesmal zuzuschreiben, wenn der neue Programm-Entwurf als Symptom eines Einlenkens oder Zahmwerdens, der Verwandlung in eine bürgerlich-demokratische Reformpartei gedeutet wird; merkwürdiger Weise reichen sich in dieser Auffassung die Beschwichtigungsräthe mit der Sturm- und Dranggruppe der sozialistischen „Jungen“ brüderlich die Hand.

Für jeden, der auch nur das alte Programm mit dem neuen Entwurf einigermaßen verständnißvoll vergleicht, kann es dagegen keinem Zweifel unterliegen, daß der neue Entwurf, wenn er angenommen, einen starken Fortschritt auf der Bahn bezeichnet, welche diese Partei betreten hat. Der erste Theil, welcher das Glaubensbekenntniß der Partei enthält, ist von allen Lassalle'schen „Recherchen“ gründlich geäubert. Es ist die Lehre, wie sie der Vater der Sekte, Marx, gepredigt, und wie selbige von seinen hervorragenden Mitarbeitern und Jüngern nunmehr in „kollektivarbeit“ festgestellt und formulirt worden ist. Da ist kein Zueinanderfließen der Farben mehr, keine ängstliche Kompromißgeburt, keine Verwechslung von Begriffen, sondern scharf und schneidend ist der Gegensatz der jetzigen Gesellschaft mit ihren angeblichen Anhängeln Staat und Kirche zu der Gesellschaft der Zukunft ausgesprochen.

So präzis und richtig die Auffassung dessen ist, was der neue Programm-Entwurf für unsere Partei bedeutet, so wunderbar und verworren fällt die hintenangehängte antisozialistische Polemik des Blattes aus:

Freilich, der Vorwurf, den Bebel Lassalle machte, in den Händen der deutschen Philosophie befangen gewesen zu sein, wandt auf den Schänen und seine Mit-Programmvorfasser zurück. Der Grundirrtum des Hegelianismus ist kräftig genug, um die verschiedensten Ausgebirten aus seinem Schooße hervorzugehen zu lassen. Gleich den ungleichen Kindern Coas bei Hans Sachs entsprach ihr sowohl eine neue Gestaltung der absolutistischen Theorie, wie das Lassalle'sche Zwitterthum, wie endlich der Marx'sche Radikalismus. Der Marxismus ist gerade so einseitig und abstrakt, gerade so unwahr, gerade so ein Gegenstand nicht wissenschaftlicher Ueberzeugung, sondern abergläubischen Götzenbildes, wie der Lassalleismus.

Der oben angeführte Satz der „Kreuz-Zeitung“, daß der Sozialismus immer von den Gegnern mißverstanden und falsch beurtheilt werde, konnte nicht treffender illustriert werden, als durch diesen Gergentanz der Begriffe. Der Lassalle'sche Hegelianismus, wie er in dem „System der erworbenen Rechte“ hervortritt, hat mit dem Hegelianismus von Karl Marx — wenn man überhaupt von einem solchen sprechen darf — nur den Namen gemein. Während Lassalle, ganz in Uebereinstimmung mit der alten Hegel'schen Schule, die Rechtsentwicklung als einen ideellen, logisch-fortschreitenden Prozeß auffaßt, in dem sich das selbständige Leben der Begriffe offenbart, hat Marx mit der ganzen idealistisch-konstruierenden Gesichtsauffassung radikal gebrochen. Was er und Engels von Hegel mitbrachten, war weder ein System noch ein Systemstück oder Dogma, sondern nur die allgemeine Auffassung, daß wie überall im Weltganzen so in der menschlichen Geschichte kein feiter, ein für allemal fixirter Zustand herrsche, daß Alles vielmehr im Fluß lebendiger Entwicklung begriffen sei, daß die soziale Wissenschaft diesem allmählichen, oft kaum bemerkbaren Werdegang nachzuspüren und die Gesetze desselben zu konstatiren habe. Ist das ein „Dogma“, eine „Philosophie“, ein „System“, aus dem sich in deduktiver Manier neue Dogmen ableiten lassen? Im Gegentheil — es ist die Auflösung aller Dogmen, der wissenschaftliche Appell an das wirkliche, unmittelbare, durch keine Illusion verunkelte Gehehen. Die Marx'sche Analyse unserer kapitalistischen Wirthschaftsordnung und der Elemente, die, in ihrem Schooße verborgen, unablässig an der Zerstörung derselben arbeiten — steht absolut kein Dogma, weder ein Hegel'sches noch irgend ein anderes, voraus. Thatsachen und nichts als Thatsachen sind es, mit denen der Geist dieses größten sozialistischen Denkers operirt. Man weise in diesen ehrlichen, präzisen, von jedem hellen Kopfe nachzudenkenden Gedankenoperationen Irrthümer auf, wenn man es vermag, aber man lasse endlich das unsinnige Räsouiniren über Marx' Hegelianismus. Mit denselben Rechte könnte man auch Darwin's Doktrin von der Entstehung der Arten als Ausgeburt Hegel'scher Philosophie bekämpfen, überhaupt jede Lehre, welche auf Grund umfassenden Thatsachenmaterials den allgemeinen Entwicklungsprozeß im Einzelnen nachzuweisen versucht. Auf naturwissenschaftlichem Gebiete wird sich das Niemand erlauben, in der politischen Oekonomie ist indessen unter der Regide deutschen Professorenthums alles gestattet. Es giebt, wo es sich um eine Polemik gegen Marx handelt, überhaupt keine Blamage, man mag behaupten, was man will.

In ähnlicher Weise geht es weiter: Der Sieg der Sozialdemokratie würde wie der Sieg der französischen Bourgeoisie nur den Beginn einer neuen, brutaleren und ordinärereren Klassenherrschaft bedeuten. Warum das geschehen soll, verrieth der Prophet mit keinem Sterbenswort. Es klingt gut, daß ist die Hauptsache. Nachdem der Artikelschreiber dem Liberalismus dann noch die Ehre erwiesen, uns als die Hintermänner und Nachtreter seiner Prinzipien zu bezeichnen, entwickelt er im Gegentheil zu diesen beiden destruktiven Parteien das eigene Ideal:

Unser Ziel ist eine Gesellschaftsordnung, in welcher unter dem Schatten einer mächtvollen monarchischen Autorität, die sich nur Gott gegenüber verantwortlich weiß, der bewegliche wie der unbewegliche Besitz, der Fabrikant wie der Handwerker, der Unternehmer wie der Lohnarbeiter in seiner Eigenart und Besonderheit anerkannt und geschützt und als Bestandtheil des sozialen Organismus gewürdigt und verwendet wird zum Wohle des Ganzen.

sondern für irgend eine Sache leben; bei Menschen, die von dem Wunsch befehl sind, nicht sich selbst oder einem begrenzten Freundes- und Verwandtenkreis zu dienen, sondern der ganzen Menschheit. Viele dieser Leute finden einen Abweiser für ihre Sympathien und ihr Streben. Andere wieder zerschellen an dem Felsen, weil sie ihr Ideal im Individuum gesucht. Einige entdecken einen Weg, um der Menschheit zu dienen, aber nach langen Jahren der Selbstaufopferung sind sie gezwungen, sich zu ergeben, daß sie sich ohne Zweck geopfert haben. Alle werden jedoch von den Realisten verspottet und angefeindet.

Der Doktor kam in's Zimmer zurück.  
„Weiben Sie heut Abend bei mir, Lobe“, sagte er, „mir ist schrecklich dumpf zu Muth. Die Arbeit hier vereinfacht unfernein, und heut Abend muß ich immer an meine Schwester denken —.“ Er brach ab.

Der Schmerz macht uns alle egoistisch; die Selbstlosigkeit ist nur die Nachreife des Leidens.

„Können Sie mir sagen, wo ich Ruth finden würde?“ fragte Kapitän Lobe.

„Nein, ich kann es nicht. Als sie bei mir war, sprach sie davon, sich der Heilsarmee anzuschließen. Sie kam damals gerade aus dem Pockenlazareth. Mir scheint, daß Ruth, als Pender die alte Esther ins Krankenhaus brachte, kaum Rekonvaleszentin war. Sie ist höchst erbittert über ihn, kann ich Ihnen sagen, weil er Esther weggeschickt hat. Als sie ins Krankenhaus kam, sagten ihr die Wärterinnen, daß Esther schon todt und begraben sei. Es muß ein schrecklicher Schlag für sie gewesen sein, denn Esther war ihr mehr als eine Mutter gewesen. — Ich wünschte, ich hätte daran gedacht, das Kind zu impfen.“

„Sie sagten eben, sie sei zur Heilsarmee gegangen?“  
„Nun ja, ich verstehe Euren Heilsarmee-Jargon nicht recht, aber das, was sie mir sagte, ließ so ziemlich darauf hinaus. Jemand — ein Kapitän Cooke — hatte sich im Frühjahr geweigert, sie aufzunehmen, sagte sie mir; er hatte ihr damals gesagt, daß ein ernsthafterer „Kuf“ oder so etwas Ähnliches schon kommen würde, und da ich sie natürlich nicht hier behalten konnte, so schickte ich sie in eine Drochke und schickte sie zu Kapitän Cooke.“

Man muß bei diesen salbungsvollen und tiefgebedachten Worten nur nicht vergessen, worin die Eigenart und Besonderheit des Lohnarbeiters besteht und wie derselbe als „Bestandtheil des sozialen Organismus“ zum Wohle des Ganzen gewürdigt und verwendet werden soll. In Besonderheit des Lohnarbeiters dürfte 10—16 stündig abradende Fabrikarbeit sowie ein hungeriger Magen sein; es ist außerordentlich wohlmeinend und ein schöner Gedanke, diese „Besonderheit“ „würdigen“, „schützen“ und zum Wohle des Ganzen verwenden zu wollen. Die Arbeiter sollten doch wirklich konservativ bleiben, diese Herren meinen es am besten mit ihnen.

Nach einem läppischen Ausfall, der Sozialismus, daß das Unternehmertum so heftig befeinde, sei der Vorfreundlicher gesinnt, folgen ein paar Bemerkungen über die zweiten, den praktischen Programmtheil, der uns vom Verfasser das Kompliment „politischer Seriebenheit“ eintrug. Zum Schluß natürlich großer Trompetentusch und Marsblasen zum Zusammenschluß aller Autoritätsgläubigen. Summa eine seltsame, aber höchst charakteristische Mischung von Sinn und Unsinn! —

Je länger der Arbeitstag, je miserabler Lohn und Lebensmaßstab der Arbeiter, um so leistungsfähiger sind sie, ein trefflicher Beweis dafür, daß auch das Unternehmertum durch gesetzliche Reduktion der Arbeitszeit nur profitieren kann. So erfährt man jetzt aus den Theilungen L. Bodio's, Direktor des statistischen Departements in Rom, daß in den italienischen Baumwollspinnereien eine Arbeitsleistung bei zwölf stündiger Arbeitszeit zu 9/10 stündiger Arbeit von sieben Arbeitsstunden erzielt wird. Ein Maximallohn von 150 M. wird dem erwachsenen männlichen Baumwollspinner in Italien gezahlt. Verschlechtert hat sich die Situation der Glendener der Glenden, wir meinen die in qualvoller Hudelei dahinsiechenden Grubenarbeiter, von denen ganze Heilatomen darunter nur zu viel Weiber und Kinder, geopfert werden. Die Arbeit ruiniert ihre Gesundheit, und der Hungerlohn wird ihnen durch das aller schlimmste Trudsystem von ihnen Ausbeutern wieder gestohlen. In den Gruben der Magna, so gut wie in denjenigen Siziliens herrschen die kläglichsten Zustände. Und der Lohn ist in den letzten Jahren auch noch gesunken. —

## Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Stimmen über den Entwurf des neuen Parteiprogramms.

**Wandsbek.** In der sozialdemokratischen Volkerversammlung am letzten Freitag gab Genosse Emil Fischer auf Grund in seinem Referat über den Entwurf der Reinigung und druck, daß abgesehen von einigen reaktionellen Wendungen in Großen und Ganzen gegen den Entwurf des Parteiprogramms nichts Einzuwenden sei. Man habe beim ersten Bekanntwerden des Entwurfs vielfach die Ansicht äußern hören, daß der Entwurf nicht präzis und knapp genug, daß er, besonders in seinem ersten Theil, zu langathmig sei; die von anderer Seite vorgeschlagenen Entwürfe seien aber durch die Zahl noch zu unklar, schwächer, langathmiger und vor allen Dingen unklar. In knappere Formen, als es im Entwurf des Parteiprogramms geschehen, ließe sich der im Programm zu verarbeitende Stoff drücken. Nicht ungenügend habe man im neuen Entwurf vielfach die alten, bekannten Schlagworte vermischt, so u. a. das von der „reaktionären Masse“, doch müsse anerkannt werden, daß die neuere Fassung des betreffenden Absatzes agitatorisch weit wirksamer und verständlicher sei.

In der Diskussion wurde von den Genossen Sittenfeld und Röhlig gewünscht, daß in das Programm die Forderung an den Staat eingeschligt werde, die Verforgung und Unterstützung der Arbeitslosen zu übernehmen.

**Zum Spenger Landfriedensbruch.**  
**Witten.** Die am 17. August stattgehabte Parteiversammlung sprach über das Gebahren des Faktors J. Kraut in Wielefeld und die Nothheiten der ausgebeuteten konservativen Bauern in Spenge ihren Abscheu aus.

**Protestversammlungen gegen die Korruption** fanden statt in Wiesbaden, Binschen (Hessen), Dagnau (Gewerkschaftsversammlung), Heinenwalde und Gornsdorf i. S. — In Königsberg

„Die Wahrheit ist,“ fuhr er fort, auf die Apotheke zeigend, „man kann in diesem Distrikt so wenig für die hungernden Menschen thun — ich fürchte mich, ihnen irgend etwas anderes als Wasser mit irgend einer Tinktur gefast zu geben — daß ich alle meine Energie auf die wissenschaftliche Arbeit übergeben sehe. Die Atome bewegen sich auf etwas, sie berühren sich niemals, niemals.“

Aber Kapitän Lobe fühlte sich nicht gestimmt zuzuhören. Er wünschte dem Doktor einen guten Abend und trat auf die Straße hinaus, gerade als der Apothekerjunge das Bild in der rothen Laterne über dem Eingange anzündete.

Die Nacht war dunkel, und ein kalter Wind strich über die Gassen der Häuser. Seit dem Morgen hatte Kapitän Lobe nichts gegessen, jetzt aber, nachdem seine Arbeit um Ruth gehoben war, fühlte er Hunger und Erschöpfung.

„Es ist zu spät, um noch heut Kapitän Cooke aufzusuchen,“ sprach er zu sich. „Doch morgen unmittelbar nach dem Frühstück will ich hingehen.“

Er schritt der wohlbekannteren Hypothekstraße zu, bei an dem flammenden Gaslicht der Fischhändler, des Wirthshäuser und der Straßenhausfrer. Alles sah wie gewöhnlich aus. Ein altes Weib bot ihm Schmeinsäpfe an, ein Zeitungshändler schrie die grausigen Einzelheiten eines Mordes aus, und betrunkene Männer und Frauen wandelten an ihm vorbei und sangen Cast-End Pieder nach der Melodie der Heilsarmee.

In einem Wirthshaus gewährte er zwei Höhlenmüßigen und er horchte an der Thür, wie die Eine mit einem gläubigen verhandelte.

„Es wird ein schlimmer Tag für Euch sein, mein Freund“, hörte er sie sagen, „wenn Ihr vor dem Allmächtigen stehen werdet. Am Tage des Gerichts wird Euer Wissen für nichts zählen.“

Als er sich wegwandte, stolperte er über zwei halbnackte Kinder, die auf ihre betrunkenen Eltern warteten. Eine Frau mit einem kranken Kind im Arm bat ihn um Geld für eine nächtlige Unterkunft. Ein kleiner Junge verließ ihn durch Fußstellen zu Fall zu bringen und ließ abwärts davon. Alles sah so aus, wie es ausgehoben, bevor er

hätte wurde den Schullehrern eine Zuerkennungszulage von 10 pSt. bewilligt.  
Wie lange noch, Herr von Caprioli, werden Sie sich mit „Weigen“ trösten?

Die ultramontane „Kölnische Volkszeitung“ fällt über die Behandlung der Sozialdemokraten durch die Anhänger der bürgerlichen Weltordnung ein Urteil, das in vieler Beziehung vortheilhaft abfällt von den Publikationen der übrigen bürgerlichen Zeitungen. Sie meint in Bezug auf die Kritik, welche die sozialdemokratische Presse den geistigen Waffen der bürgerlichen Parteien zu Theil werden läßt:

Manchmal muß man, wenn man gerecht sein will, zugeben, daß die „geistigen Waffen“, welche von den Gegnern der Sozialdemokratie angewendet werden, nicht die empfehlenswertheften sind. Bedenklich ist schon die künstliche Auslegung der Gesetze oder die Nichtbeachtung der Entscheidungen höherer Instanzen, wie wir sie öfters bei untergeordneten Organen treffen. Noch immer wird z. B. versucht, die Erhebung eines Eintrittsgeldes bei öffentlichen Versammlungen zu verbieten, wiewohl jeder Beamte wissen sollte, daß das Verbot ungesetzlich ist. Was soll man aber dazu sagen, daß als in Teckern die Polizei die Erhebung eines Eintrittsgeldes verbot, der Landrath ihr Recht gab mit dem Beifügen, wenn man Eintrittsgeld erheben wolle, so sei dafür Gewerbesteuer zu zahlen? Auf gleicher Höhe der Feindseligkeit steht die vom Regierungspräsidenten gebilligte, vom Minister des Innern freilich missbilligte Praxis des Magdeburger Polizeipräsidenten, politische angemeldete Versammlungen um 12 Uhr Nachts zu schließen, weil mit diesem Zeitpunkt ein neuer Tag beginnt, für welchen die Versammlung nicht angemeldet sei.

Zahlreich sind die ungeschlichen Verbote des Kollebens von Plakaten, in denen eine Versammlung angekündigt wird, und die Konfiskationen von Zeitungen, Flugzetteln u. d. d. bei Kolporturen. Wüthend ist auch die Feindseligkeit der Leipziger Polizei, welche einen Verein von Mannern aufsuchte, weil er eine Fortsetzung des im Jahre 1887 auf Grund des Sozialistengesetzes verbotenen Vereins sei. Wir verzichten auf die Beschreibung weiterer Beispiele, wie Behörden und nicht minder Private „geistige Waffen“ sehr zweischneidiger Art gegen die Sozialdemokratie schwingen; man kann deren ja alle Tage in der sozialistischen Presse finden. Das verwerflichste Mittel ist, den Sozialdemokraten mit Knütteln zu Leib und zu gehen, wie es vor einigen Wochen in Mansfeld und am 8. d. bei Viesefeld geschah. Die Verichte in den Blättern sind von beiden Seiten sichtlich faul gefärbt (was die Sozialdemokratie juristisch beweisen muß, denn gefärbte Verichte nützen ihr nichts, Red. d. V.); den Eindruck erhält man aber stets, daß die Anhänger der „Ordnung“ die Prügelei begonnen haben; so in Mansfeld die Vergleute und in Spenge die Bauern. Noch bedenklicher als die Prügelei ist die Stellung, welche die konservative Presse zu ihr einnimmt. Nirgends haben wir ein solches Wort für die Angreifer, nirgends einen Hinweis darauf, daß diese sich einer Gefährdlichkeit, des Landfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Vielmehr werden die Vorgänge mit schmerzlichem Bedauern erzählt, und ziemlich unverblümt wird ausgesprochen, daß nächste Mal ebenso den Sozialdemokraten hemmgeschlagen. „Kreuz-Zeitung“ und „Reichsbote“ drucken zum Beispiel eine Auslassung der „Konfess. Korresp.“ ab, welche meint, es sei durchaus kein Unglück, wenn ein Sozialdemokrat eine Tracht Schläge bekomme, falls er auf die Aufforderung der Dorfbevölkerung nicht freiwillig Knie gemacht; wenn die Umsturzagitatoren sich mit Gewalt aufdrängen, müßten sie eben mit Gewalt hinausgeworfen werden. Man haben aber in Wahrheit die Sozialdemokraten sowohl in Mansfeld wie in Spenge eine gesetzlich angemeldete Versammlung abgehalten, nicht aber „mit Gewalt“ aufgedrängt, und es ist durchaus nicht, wie die „Konfess. Korresp.“ meint, eine „Raisentat“, die die Polizei zum Eingreifen der Sozialdemokraten anzuregen, wenn sie auf dem Boden des Gesetzes stehen. Einen rechtlichen Tadel können wir auch dem Faktor J. aus nicht ersparen, der jetzt fast als ein neuer Gideon angestellt wird. Zweifellos hat er es gut gemeint; aber wenn er neben dem Plage, auf welchem die Sozialdemokraten eine Versammlung abhalten wollen, als Gegenüberstellung ein „Missionsfest“ mit obligaten Besanungebläse u. s. w. veranstaltete, so muß er so viel Licht und Verstand haben, um sich zu sagen, daß das nicht gut gehen könne. Und da seine Leute das Prügelein begonnen haben, ist er mit verantwortlich; denn er mußte wissen, daß er nicht die Macht besaß, sie zurück zu halten. Ob die Bauernknechte nicht auch aufgeschreckelt worden waren, den Sozialdemokraten eine Tracht Prügel zu verabreichen, lassen wir dahingestellt; unwahr ist es nicht, daß nach dem Tone der konservativen Presse nicht. Ausschreitungen der Sozialdemokraten verurtheilt wurden; jedenfalls haben sie aber die Prügelei nicht angefangen. Ob die Mansfelder Vergleute so aus eigenem Antriebe den Saal der Sozial-

demokraten gestürmt haben, erscheint uns auch zweifelhaft. Die Sozialdemokraten Viesefeld's wollen am nächsten Sonntag wieder nach Spenge, und zwar in verstärkter Anzahl; das war zu erwarten. Was soll nun aber daraus werden, wenn die von der konservativen Presse als Gottesreicher gefeierten Bauernknechte sie abermals mit Prügelein hindern wollen, von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch zu machen? Auf diese Weise thut man wahrlich der Sozialdemokratie keinen Abbruch.

Wir brauchen dieser Verteidigung der Sozialdemokratie aus ultramontanem, also gegnerischem Munde nichts hinzuzufügen. Schade nur, daß der anständigen Leute, zu welchen der Verfasser jenes Artikels gehören muß, in dem von Wilmard durch und durch korrupten öffentlichen Leben Deutschlands gar so wenige zu bemerken sind.

Die Genossen des Kreises Wanzleben hielten am Sonntag in Groß-Dietze eine Quartalsversammlung ab, in welcher Genosse Köster über den Programm-Entwurf referirte und dabei bemerkte, daß Ausstellungen an einzelnen Punkten des Entwurfs am besten von den einzelnen Ortschaften gemacht werden könnten. Er empfahl deshalb den Genossen der einzelnen Orte den Entwurf zur Diskussion. Die Versammlung wählte dann, was allerwärts Nachahmung verdient, zur Schlichtung örtlicher Streitigkeiten ein Schiedsgericht, und bestimmte den Genossen Wis-Weilmirleben zum Vertreter des Kreises auf dem Erfurter Parteitag. Konstatirt wurde, daß die Agitation recht erfreuliche Fortschritte gemacht hat, wozu auch die Magdeburger Genossen nachdrücklich beigetragen haben.

In der nächsten Kreisversammlung, welche in Egeln stattfindet, soll die Frage der Aufstellung eines Kandidaten zur nächsten Reichstagswahl, über welche man am Sonntag gleichfalls debattirte, zum Abschluß gebracht werden.

**Chemnitz.** Die Einkommensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung sind hier so unangenehm, daß auch der finanzielle Stand des Partei-Organs, der „Presse“, darunter leidet. Die Parteigenossen haben sich deshalb entschlossen, das Blatt vom 1. Oktober ab nur dreimal wöchentlich herauszugeben. Ferner wurde beschlossen, alle der Verlagsgesellschaft gehörenden Blätter unter dem Titel „Der Beobachter“ erscheinen zu lassen.

**Hamburg.** Der „Münchener Post“ wird von hier berichtet, daß dem Genossen Hieronymus Salger das bürgerliche Ehrenrecht, für die Kinder eines im Verurtheilten Arbeiters als Vormund zu fungieren, vom Amtsgericht aberkannt wurde, weil — man höre — der genannte Genosse laut politischen Zeugnisses „schon seit Jahren als Anhänger der sozialistischen Partei bekannt ist“.

Das Schicksal ist, daß Genosse Salger schon für andere Familien seit 12 Jahren als Vormund fungirt und noch am 13. März dieses Jahres als solcher verpflichtet wurde.

**Aus Stuttgart** wird uns vom Vorstände des deutschen Metallarbeiter-Verbandes in einem Schreiben Folgendes über den Vertrauensmann der Formner und seine Stellung in der Gewerkschaftsbewegung mitgetheilt:

In neuerer Zeit beschäftigt die Organisationsfrage wieder hervorragend die deutschen Metallarbeiter, was insofern die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen geeignet ist, als doch mit den Beschlüssen des diesjährigen Kongresses in Frankfurt a. M. die Organisationsfrage erledigt sein sollte. Leider hat sich diese Erwartung nicht erfüllt. Trotzdem die von den Metallarbeitern (einschließlich der Formner) geschaffene einheitliche Organisation mit erdrückender Majorität beschlossen worden, erlebt die Welt jetzt das Schauspiel, daß der Vertrauensmann der Formner, Schwarz-Lübeck, einen eigenen Formertag nach Braunschweig einberuft. Zur vollen Würdigung dieses Vorgehens ist es nöthig, etwas zurückzugehen und sich speziell die Wandlungen des Herrn Schwarz vor Augen zu führen:

Auf dem Kongress in Weimar 1890 sprach sich Herr Schwarz nur bei freier wirtschaftlicher und politischer Bewegung für die Zentralisation aus, ohne eine genauere Bestimmung des Umfangs derselben zu geben. Hätte er — die wirtschaftliche und politische Freiheit vorausgesetzt — damals unter den Organisationsformen wählen können, so würde er jedenfalls für Branchen-Zentralisation eingetreten sein. Bald darauf, im September, machte dann Schwarz eine Agitationstour durch Deutschland, bei welcher Gelegenheit er für die Organisation in Industrie-Verbindungen propagirte. In diesem Vorhaben, welches, wie aus seinem damaligen Agitationsberichte hervorgeht, lebhaftest Diskussion hervorrief und, nach Klärung durch dieselbe, in den Versammlungen einmüthige Zustimmung fand, wurde Schwarz unterstützt und bekräftigt durch die Stellungnahme des Parteitag's in Halle zu den Streiks und Boykotts und die damals erfolgte einstimmige Annahme der Resolution Klop-Grillenberger, welche wir bei den Lesern des „Vorwärts“ als bekannt voraussetzen dürfen.

Herr Schwarz war auf dem Parteitag zu Halle anwesend, hat an den Beschlüssen desselben mitgewirkt und hat mithin die Pflicht, im Sinne dieser Beschlüsse zu handeln und sie zur Durchführung zu bringen. Um so mehr Verwunderung mußte es hervorgerufen, als Schwarz im März dieses Jahres mit einem Aufruf an die deutschen Eisen- und Metallgießer herantrat, in welchem er wohl den Industrie-Verband im Prinzip anerkannte, aber, weil ihm ein Theil seiner Formner nicht folgen wollte auf dem von ihm betretenen Wege, einfach umkehrte und sich an die Spitze der „Nichtfolgenden“ stellte. Dieses Vorgehen hat schon damals auch in Formertreffen lebhaftest Widerspruch hervorgerufen.

Auf dem Kongress in Frankfurt a. M. versuchte dann Schwarz die Rolle des die Brücke schlagenden Pioniers zu spielen, fand aber weder bei den Metallarbeitern noch bei dem größeren Theil der Formner den gewünschten Anklang. Im Gegentheil, er sah sich genöthigt im Auftrage der Formner folgende Resolution dem allgemeinen Kongress zur Kenntniß zu bringen:

„Der heute, den 4. Juni, im Lokal des Herrn Schmid zu Frankfurt a. M. tagende Branchenkongress der Formner, erklärt sich mit dem Beschlusse der allgemeinen Union einverstanden mit Gliederung in Fach-Sektionen, wo es nöthig erscheint.“

Nachdem nun der Kongress, wenn auch gegen den Willen des Herrn Schwarz, die vom Parteitag angeregte Form der gewerkschaftlichen Organisation angenommen hatte, hätte man doch von einem auf demokratischem Standpunkt stehenden Manne, wenngleich er zur Minorität gehörte, erwarten dürfen, daß er sich den Beschlüssen fügte. Leider geschah von Schwarz gerade das Gegen- theil. Er stellte sich an die Spitze der Gegenströmung und verfuhr die beschlossene Vereinigung zu hinterzücken, indem er einer Formertag nach Braunschweig einberief, der sich mit der Frage der Branchen-Zentralisation der Formner befaßte. Wir halten die Handlungsweise des Herrn Schwarz, die deutschen Metallarbeiter in Branchen-Zentralisationen zu zerstückeln, für eine ganz verwerfliche und profitorische ganz entschieden dagegen. Wir bedauern, daß ein sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter es ist, der im Widerspruch mit dem Haller Beschlusse die Zentralisationsbestrebungen in den Gewerkschaften unterdrückt. Magde Genosse Schwarz bald einscheiden, daß auch er die Pflicht hat, sich den Beschlüssen der Majorität unterzuordnen.

Den deutschen Formnern aber empfehlen wir, vorurtheilsfrei und ohne Bedenken, kräftig mit Hand an das in Frankfurt geschaffene Einigungswort zu legen, energisch jeglichen Sonderbestrebungen zu Leide zu gehen und sich so in den Dienst der großen Allgemeinheit zu stellen.

Wir erwarten aber auch von der gesammten deutschen Arbeiterpresse, daß sie mit Entschiedenheit zur Wahrung des demokratischen Prinzips beiträgt und können nicht umhin, unser Bedauern darüber auszusprechen, daß ein Theil derselben und an deren Spitze das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei,

seine Spalten Bestrebungen und Aufrufen öffnet, die die Umgestaltung und Verlebung von Kongressbeschlüssen bezwecken.

Damit, daß wir den von Genosse Schwarz erlassenen Aufruf für den Formertag in Braunschweig in unsere Spalten aufnehmen, haben wir uns noch lange nicht mit „Zentralisations-Bestrebungen“ einverstanden erklärt. Die Aufgabe des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie ist es, seine Leser möglichst über alle Vorgänge in den Reihen der Klassenbewegten Arbeiterchaft zu unterrichten. Zu diesen beachtenswerthen Vorgängen scheint uns der anberaumte Formertag zu gehören und deshalb haben wir den Aufruf gebracht.

Die Redaktion.

**Bein.** Das Endresultat einer Beschwerde nach 1 Jahr 9½ Monat. Genosse Hoffmann war am 1. Mai vorigen Jahres in Raumburg nach seiner Ansicht unrechtmäßig verhaftet worden. Er erhob am 2. Mai v. J. Beschwerde und erhielt nach längerer Zeit die Antwort, daß ein Strafverfahren gegen den Beschwerdeführer und Genossen eingeleitet wäre und bis zur Beendigung desselben die Antwort auf die Beschwerde ausgeföhrt werden müßte. Im Januar d. J. wurden nun sämtliche Angeklagte, gegen welche das Strafverfahren wegen Vergehens gegen das Sozialisten- und Vereinsgesetz eingeleitet war, von dem Raumburger Landgericht freigesprochen. Die Verhandlung war ein gelles Licht auf das Vorgehen der Polizei am 1. Mai v. J. Als Hoffmann trotzdem längere Zeit auf Antwort auf seine Beschwerde vergeblich wartete, erhob er dieselbe von Neuem und schickte endlich am 28. Mai dieses Jahres die ablehnende Antwort des Regierungs-Präsidenten zu Merseburg, wogegen er Petition beim Ober-Präsidenten zu Magdeburg einlegte. Am 12. August ging nun Hoffmann folgendes Schreiben von Merseburg zu, welches bereits am 2. August in Magdeburg ausgestellt ist:

Auf Ihre Beschwerde ohne Datum, eingegangen am 28. Mai d. J., gegen den Bescheid des königlichen Herrn Regierungs-Präsidenten zu Merseburg vom 8. Mai d. J., eröffne ich Ihnen nach Prüfung des Sachverhalts, daß ich das Verhalten der Raumburger Polizeibeamten bei Ihrer Festnahme am 1. Mai v. J. nicht durchweg billige. Ich habe deshalb das Beiznete veranlaßt.

Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen.  
(Unterschrift unleserlich.)

Genosse Hoffmann beabsichtigt nunmehr, beim Ober-Präsidenten anzufragen, was derselbe von dem Verhalten der Polizeibeamten billigt und was nicht, da in dem Schreiben gesagt ist: nicht durchweg.

**Altona.** Bekanntlich hat am 12. Juli das Ober-Vermaltungsgericht ausgesprochen, daß die rote Fahne in Versammlungen entrollt werden darf, welche in geschlossenen Räumen abgehalten werden.

Auf dieses Urtheil gestützt, wollte der Vorkhende einer am 18. Juli hier tagenden öffentlichen Versammlung (der Vertrauensmann Heinrich der sozialdemokratischen Partei in Altona) die Parteifahne, welche von Amerika nach Aufhebung des Sozialistengesetzes wieder hierhergebracht worden war, entrollen. Dies wurde aber von dem überwachenden Beamten verboten. Auf eine unterm 8. d. M. an den Regierungs-Präsidenten gerichtete Beschwerde hat nun dieser in einer vom 18. d. M. datirten Antwort mitgetheilt, daß er am 23. Juli die Behörden angewiesen habe, die Entfaltung von rothen Fahnen bei Versammlungen in geschlossenen Räumen nicht zu hindern.

**Selsenkirchen.** Ueber die Verhaftung des Redakteurs Moth Knuth von der „Zeitung der deutschen Vergleute“ schreibt die hiesige „Arbeiter-Zeitung“, daß die Verhaftung erfolgt sei mit Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse des Genossen Knuth und die hohen Strafen, welche er zu erwarten hätte. Er hat sich als verantwortlicher Redakteur der Beleidigung (schuldig gemacht durch die Artikel: „Weiß den Besiegten“ in Nr. 20, „Neuer Kurs“ in Nr. 22, „Herten. Ein Kaufbold u.“ in Nr. 25, „Heisen. Erst Kohlen, dann Menschenleben“.

In fünf Monaten ist das dritte Redakteur, der sich des „neuen Kurzes“ zu erfreuen hat.

**Offenbach, 18. August.** In jüngster Zeit wird bei uns fast allwöchentlich gehaust und so auch heute Morgen wieder. Es handelt sich um einen Artikel in Nr. 108 des „Offenbacher Abendblatt“, betreffend eine Beleidigungssache. Das Resultat war, daß die vorhandenen Exemplare beschlagnahmt, das Manuskript aber selbstredend nicht gefunden wurde.

**Furtwangen.** Hoch auf dem Schwarzwald (nahezu 9000 Fuß über dem Meere), zwischen Furtwangen und St. Georgen, fand am 16. August eine sozialdemokratische Volksversammlung statt, zu der über Tausend Menschen aus allen Gegenden des Schwarzwaldes (Furtwangen, Willingen, Schwemningen, St. Georgen, Hornberg, Triberg, Böhenbach, Schönwald, Güttenbach, Nüßheim an der Donau, Nusbach, Oberkinnach, Briggach u.) zusammengezogen. Eine solche große und prächtige Volksversammlung hatte der Schwarzwald noch nicht gesehen. Trotz allen von Seiten des Bezirkssamtmanns Ruhbaum in Triberg bereiteten Hindernissen war sie zusammengekommen. Der Wirth zur Fuchstalle, Tobias Pilger heißt der tapfer Mann, hatte noch in der letzten Stunde sein vorher zugesagtes Gasthaus nebst Saal verweigert, denn die Gendarmen von Furtwangen und Triberg, sowie der ultramontane Bürgermeister und Landtags-Abgeordnete Kößler von Hohrbach hatten ihm Angst gemacht. Dagegen stellte der Wirth zum Ortswald bereitwilligst seine Räumlichkeiten, Garten und Wiese zur Verfügung. Dr. Mühl sprach in volkstümlicher Weise zwei Stunden lang zu dem versammelten Volke über die Ideen und Ziele der Sozialdemokratie. Er wurde oft durch minutenlangen Weisall unterbrochen, der sich am Schluß seiner Rede zu unbeschreiblicher Begeisterung und frenetischem Jubel steigerte. Auch die rote Fahne flatterte lustig auf den Höhen des Schwarzwaldes, mußte aber bald auf Befehl der heiligen Hermandad eingezogen werden. Erst mit einbrechender Dunkelheit zogen die Volkshaaren nach allen Richtungen hin heimwärts, das Evangelium der Sozialdemokratie in die Thäler tragend. Es wird immer mehr Licht auf dem Schwarzwald und bald wird er uns gehören trotz aller Machinationen.

**Zur Besprechung der ländlichen Agitation** tagte am 16. August in Herford eine sozialdemokratische Konferenz, welche aus verschiedenen Orten der Wahlkreise Viesefeld-Biedenbrück, Herford-Halle, Minden-Lübbecke, Lippe-Teimold und Schaumburg-Lippe von im Ganzen 30 Delegirten besetzt war, denen sich aus Herford und Viesefeld noch andere Genossen angeschlossen hatten, so daß an den Beratungen über 100 Personen theilnahmen. Ohne Widerspruch wurde die Nothwendigkeit einer systematisch betriebenen Agitation unter der ländlichen Arbeiterbevölkerung anerkannt und als zweckmäßigstes Mittel die Verbreitung von Flugblättern bezeichnet. Man beschloß, daß die Parteigenossen in jedem Wahlkreis für sich den örtlichen Verhältnissen entsprechend die Agitation betreiben sollen, und in jedem Ort, wo unsere Partei eine geschlossene Anhängerchaft besitzt, der Vertrauensmann sich der Aufgabe zu unterziehen hat, die geschäftliche Seite der ländlichen Agitation zu regeln.

Die Konferenz beschloß ferner, den Parteigenossen aller Orte zu empfehlen, öffentliche Volksversammlungen zu veranstalten, in denen die Spenger Ausschreitungen besprochen werden.

gemein — wie es eines Tages aussehen wird, wenn er aus Amerika zurückkommt.

Endlich war er wieder in seinem kleinen Zimmer und schaute zum Fenster hinaus auf die Straße. Vor ihm der Lärm von Wagen und Stimmen, über ihm finstere Dunkelheit.

„Ich muß wissen, wo Ruth ist,“ sprach er leise, „und wie es ihr geht. Gleich nach dem Frühstück will ich morgen zu Kapitän Cooke gehen.“

## 22. Kapitel. Ruth.

In dem kleinen Wohnzimmer der Höhlenretterinnen, im schlimmsten Öhlerierviertel von London, sah ein Mädchen Licht am Ramin. Ihr Kopf war in den Händen vergraben, ihre Ellenbogen auf den Schooß gestützt. Das Zimmer war fast finstern, denn am Ramin glühte nur ein elendes Feuer aus nassen Holzstücken und Kohlenkrus, und die Lampe auf dem Tisch war ohne Petroleum. Die Höhlenmädchen waren ausgegangen, um die Wirthshäuser zu besuchen; sie hatten die Petroleumlampe mitgenommen, mit dem Versprechen, sie im nächsten Dellenen füllen zu lassen und sie, wenn ihre abendliche Arbeit beendet, heimzubringen.

Das Mädchen war Ruth.  
Wenn Kapitän Lobe sie jetzt so gesehen hätte, so würde er sie nicht wieder erkannt haben; ihr Antlitz war vollständig in den weißen Händen verborgen, das goldene Haar aber war rings um den Kopf kurz abgeschnitten, was ihr das Aussehen einer jungen Nonne gab, die eben das Gelübde abgelegt.

Der Nachtwind rüttelte an den Iosen Fensterscheiben und sang im Haussur ein klägliches Lied. Die Straßen waren ungewöhnlich ruhig, denn in der vorhergegangenen Nacht war ein Versuch gemacht worden, einen Polizisten zu ermorden, was zur Folge hatte, daß die Plätze der Männer und die Zungen der Weiber auf beinahe vierundzwanzig Stunden verstummt waren. Freilich wird der Sturm bald wieder ausbrechen.

(Fortsetzung folgt.)

### Theater.

Freitag, den 21. August.  
**Opernhaus.** Lohengrin.  
**Essing-Theater.** Am Tage des Gerichts.  
**Friedrich-Wilhelmsd. Theater.** Der alte Deffauer.  
**Hellesand - Theater.** Jung-Deutschland zur See.  
**Ostend - Theater.** Berlin unter Wasser.  
**Adolph Ernst - Theater.** Unsere Don Juans.  
**Thomas-Theater.** Im siebenten Himmel.

### Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:  
**Unterhaltungs-Musik.**  
 Direction A. Hödmann.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Großer Frühstück- und Mittagstisch.  
 Spezial-Kuchentisch von Pagenhofer  
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 F. Müller.



**Passage-Panopticum**  
 und  
**Spezialitäten-Theater.**  
 Entree 50 Pfg.  
 Geöffnet von 10-10 Uhr.

### Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165,  
 Ecke Behrenstrasse.  
 Neu:  
**Hamilton-Theater**  
 Originell! Ueberraschend!  
 Geöffnet v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

### Moabiters Gesellschaftshaus

Alt-Moabit 80-81.  
 Artistische Leitung Wilhelm Fröbel.  
 Täglich Gr. Konzert.  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Großer Erfolg des neu engagierten sensationellen **Künstler-Personals.**  
 Neu: **Dressirte Zwerg-Pony.**  
 Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 5 Uhr. Entree 50 Pf. Reservirter Platz 50 Pf. — Kaffeekeche ist geöffnet.  
 Volksbelustigungen aller Art.  
 Sonntag, Montag, Mittwoch **Ball.**  
 Donnerstag, den 27. August:  
**Benefiz für Kapellmeister Gutshow.**  
 Helmuth Peters.

### Parteienoffen u. Genossinnen

empfehle ich meinen neu eingerichteten Garten mit zwei Kegelbahnen. Auch können Familien Kaffee kochen. Für musikalische Unterhaltung ist gesorgt.  
**Otto Thierbach,**  
 1086L Schwedterstr. 44.

### Empfehle Freunden und Genossen mein Restaurant.

Kuch sind Vereinszimmer mit Nebengelass zu vergeben.  
 1083b E. Royl, Wittichenstr. 99.  
**Saal und Vereinszimmer** für 20 bis 40 Personen versch. Tage in der Woche noch frei. Täglicher Garten. Prima Weis- u. Vaisisch-Bier. 90., Mariannenstr. 19. [1062b]

### Geht Nordhäuser Kautabak

aus der Fabrik v. Kondess & Schuman  
 Inhaber Hermann Kessler  
 Nordhausen a. S.  
 zu Fabrik-Preisen.  
**H. Czerwonka,** Friedenstraße Nr. 50,  
 Kautabak-Kommission-Export-Geschäft.



Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte „Helm-Putz-Pomade“ ist nur unser Erzeugnis. Dosen mit anderen Helmen und nicht mit unserer Firma weise man als werthlose Nachahmungen zurück.

### Aufruf!

Der Schloffer **Paul Heinrich,** geboren den 6. August 1848 zu Ober-Gläfersdorf, Kreis Lüben, Reg.-Bez. Pommern, wird von dem Unterzeichneten wegen Erbschafts-Regulierung gesucht, event. um Nachricht seines Aufenthalts gebeten. **E. Heinrich,** Telegraphen-Kasseler, Waldenburg i. Schl., Ober-Bahnhof. — Um Weiterverbreitung wird gebeten.  
 1152L

### Achtung! Achtung!

## Große öffentliche Versammlung der Zimmerleute Berlins und Umg.

am Sonntag, den 23. August, Vormittags 10 Uhr, in **Norbert's Festzalen, Beuthstrasse No. 21-22, I. Et.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Der internationale Kongress in Brüssel. Referent: Dr. Dätgenau.  
 2. Abrechnung vom ehemaligen Gesellen-Ausschuss.  
 3. Verschiedenes.  
 Kameraden, da die Tagesordnung viel Interessantes bieten wird, so wird ein recht zahlreiches Erscheinen erwartet.  
 852/16 Die Lohnkommission.

## Öffentliche Versammlung der Bau-Arbeiter Berlins und Umg.

am Sonntag, den 23. August, Vormittags 10 1/2 Uhr, in **Scheffer's Salon, Inselstr. 10, 2 Tr.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Einzeichnung der Mitglieder zum Zentral-Verbande.  
 2. Wahl des Vorstandes und des Ausschusses.  
 3. Ausgabe der Mitgliedsbücher.  
 4. Verschiedenes.  
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
 Der Einberufer.

## Öffentliche Versammlung der Weißgerber u. Berufsgenossen

Sonnabend, den 22. August, Abends 8 Uhr, in **Knebel's Salon, Badstr. 58.**  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag: Werth und Nutzen der Organisation. Referent: S. Koblack. 2. Diskussion. 3. Revisionsbericht. 4. Bericht des Delegirten der Berliner Streik-Kontrollkommission und dessen Neuwahl. 5. Verschiedenes.  
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellersammlung statt.  
 Der Einberufer.

## Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter. Vereins-Versammlung für den Norden

am Sonnabend, den 22. August, Abends 8 1/2 Uhr, in **Keller's Salon, Bergstraße Nr. 68.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen **Sparfeld** über „Lungenhygiene.“ 2. Die Arbeitseinstellung der Balgenmacher von Pielshmann u. Söhne.  
 Es ist Pflicht eines jeden Harmonika-Arbeiters in dieser Versammlung zu erscheinen.  
 Der Vorstand.

## Große öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäft. Arbeiter für Rixdorf und Umgegend

am Sonntag, den 23. August, Vorm. 10 Uhr, in **Barta's Salon, Bergstr. 120.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Zweck und Nutzen der Gewerkschafts-Organisation. Ref.: Herr Braun.  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellersammlung statt.  
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
 Der Einberufer.

## Freie Gemeinde Rixdorf. Versammlung für Frauen und Männer

am Sonnabend, den 22. August, Abends 8 1/2 Uhr, in **Kummer's Saal, Berlinerstraße 130.**  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Ludwig Henning,** Lehrer an der Arbeiter-Bildungsschule zu Berlin, über: „Die Abstammung des Menschen und seine Stellung in der Natur.“ 2. Diskussion. 3. Fragestellung.  
 Jedermann hat Zutritt. Zur Deckung der Unkosten 10 Pfennig Entree.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Der Vorstand.

## Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 23. August:  
**Landpartie nach den Rüdersdorfer Kalkbergen.**

Veranstaltet von der 1. und 2. Nord-Schule.  
 Unter Führung des naturwissenschaftlichen Lehrers Herrn **Kantorowicz.**  
 Die Abfahrt nach Erkner findet pünktlich 7 Uhr 7 Min. Vormittags vom Schlesiens Bahnhof statt. Abfahrt auch vom Bahnhof Friedrichstraße 652, vom Bahnhof Alexanderplatz 655.  
 Arbeiter-Tagesbillets vom Bahnhof Friedrichstraße 60 Pf., vom Schles. Bahnhof 50 Pf.  
 Als Treffpunkt für Nachzügler ist das Lokal „Zur Pergale“ in Rüdersdorf festgesetzt. — Gäste, Damen u. Herren, namentlich auch Teilnehmer anderer Schulen, welche sich an der Partie betheiligen wollen, sind willkommen.  
 Der Vorstand.

## Weißensee. 216/13

Sonntag, 23. August, Nachm. 2 Uhr, bei **H. Kriodemann, Königs-Chaussee 20:**  
**Versammlung der Maler, Lackirer und verw. Berufsgenossen.**  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen **Schweitzer.**  
 2. Wahl des Präsidialvorstandes. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist Ehrensache.  
 Der Einberufer.

## Rothenburger Vereins-Sterbekasse.

Die Mitglieder des Ost-Bezirks werden zu der am Dienstag, den 25. August, Abends 8 1/2 Uhr, in **Jodl's Festsaal, Andreasstraße Nr. 21,** stattfindenden **Versammlung** hiermit gütlich eingeladen. Tagesordnung: Bericht des Bezirksvertreter's von der am 15. und 16. d. Mts. stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung. 1008b **Stegemann,** Bezirks-Vorsitzender.

**Vereinszimmer** mit Pianino noch mehrere Tage in der Woche frei.  
**Reichenbergerstr. 123.** 1048b

## Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuthstraße 2.  
 In unserem Verlage erschien in neuer Auflage:

## Lohnarbeit u. Kapital

Von **Karl Marx.**  
 Separat-Abdruck aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom Jahre 1849.  
 Mit einer Einleitung von **Friedrich Engels.**  
 — Preis 20 Pf. —  
 Das Erscheinen einer neuen Auflage dieser hochwichtigen Marx'schen Schrift dürfte, da dieselbe lange Zeit vergriffen gewesen ist, von den Parteigenossen freudig begrüßt werden. Sie ist kein bloßer Abdruck des Originals, sondern eine wesentliche Bearbeitung desselben, etwa wie sie Marx, entsprechend seinen späteren Ansichten über „Arbeitskraft“ und „Arbeit“, heute bewirken würde. Durch die Friedr. Engels'sche Einleitung hat die Schrift eine erhöhte Bedeutung und den Charakter einer vorzüglichen Agitationschrift erhalten. Wir verfehlen nicht, sie den Parteigenossen zur Anschaffung und ausgedehnten Verbreitung zu empfehlen.

Mein elegant Lokal, mit prächtigem Vorgarten, Vereinszimmer (50 bis 60 Personen), Billard u. Piano, empfehle ich zu massenhaft. Besuch. Kl. Weiss 10 Pl., vorzügl. Lagerbier 10 Pl. Prenzlauer Allee 20.

## Wegen Aufgabe des Geschäfts Großer Ausverkauf von Schuhen u. Stiefeln

für Herren, Damen und Kinder.  
**Albert Auerbach, Kottbusser Damm Nr. 7.**  
 Empfehle den Parteigenossen meine **Glaserei, Spiegel- und Bilder-Einrahmung.**  
 Den Vereinen und Gewerkschaften empfehle ich Bilder zur Verloofung.  
**Carl Scholz, Wrangelstraße 32.**

## Soeben Wo ist der Altersrentner?

Sozialpolit. Bericht. Preis 10 Pf.  
 Zu beziehen durch sämtl. Kolporture u. durch **R. Bapst**, Dresdenerstr. (Gitz-Pass.), **W. Kahl,** Reichenbergerstr. 17, **O. Schwarz,** Oranienstr. 99.

Die **Mehlhandlung v. L. Brachvogel,** Mantelstr. 75, empfiehlt:  
 Gebr. Kaffee, vorzüglich im Geschmack, à Pfd. 1,60 M. 1126L  
 Gebr. Kaffee à Pfd. 1,40 M.  
 Rohkaffee, ausgeglichte Waare à Pfd. 1,20 bis 1,40 M.  
 Würfel-Kristallzucker à Pfd. 40 Pf.  
 Würfelzucker, geschneitten, à Pfd. 35 Pf.  
 Ganze Brote, extrafeine Potsdamer Raffinade, à Pfd. 32 Pf.  
 Geschlagener Brotzucker à Pfd. 35 Pf.  
 Spühen von ca. 5 Pfd. à Pfd. 35 Pf.  
 Kochzucker u. Raffinade à Pfd. 30 Pf.

Die Beleidigungen, welche ich gegen **Frau Niebel,** Naunpstr. 22 wohnhaft, ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück.  
 Berlin, den 19. August 1891.  
 1063b **Frau Piedler,** Naunpstr. 22.

Die Beleidigung, die ich gegen **Honzo** geäußert habe, nehme ich zurück und erkläre sie für ehrenhaft.  
**Frau Alwina Weiss.**

## Prima Mechaniker-Blousen.

Groß . . . . . 8.— M.  
 Extragroß . . . . . 8,25 M.  
 Lehrsings-Blousen . . . . . 2,60 M.  
**C. Devrient Nlgr., G. Quantin,**  
 1061b **Wilhelmstraße 114.**

## Nothabak A. Goldschmidt.

Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Cavake.**  
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Nothabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,** am Hade'schen Markt. [746]

## Bruchbänder.

1079L  
 Gummibaaren, Leibbinden, Spühen, Suspendorien, Verbandstoffe, Brillen und Binocul., sowie Artikel aller Art für Kranke empfiehlt **J. Ch. Pollmann, Finck-Strasse 30.** Lieferant für die vereinigten Hilfs-Krankentassen. Bei Bedarf bittet um gütigen Zuspruch **D. O.**

## Bitte, lesen Sie!

Jedem, der seinen Bedarf an Kleidung jeder Art vom billigsten Arbeits-reis zum feinsten Kamugarn-Anzug reell und billig kaufen will, empfehle mein bekanntes, sehr reichhaltiges Lager in **Anjügen, Paletots, einzelne Röcke, Jackets, Hosen, Westen** u. ferner **Stiefel, Hüte, Wäsche, goldene und silberne Herren- u. Damen-Uhren, Ketten, Ringe, sowie Ketten- und Holzkoffer, Seilen, Waschtücher u. s. w., Damen-Mäntel und Kleider.** [898L]

## A. Wergien, Schneidermstr.,

Shaltherstr. 127, geg. 1874.  
 Bitte sehr recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

## Staare,

1097L  
 jung, alleinstehend, M. 1,25, Kreuzschäbel 80 Pf., Feighe 80 Pf., Dampfaffen zum Anlernen M. 2.—, nur reelle Männchen.  
**Schnelle, Ghallherstr. 132.**  
 Hosen, Knabenanzüge, Arbeitsachen **Wilh. Pahr,** Elisabethstr. 16.  
**Kinderwagen.** Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23.** D. P.

## Sophabezüge!

114LL  
 Kette in Nips, Damast, Granit, Plüsch u. bun. Stoff. Spottbillig.  
**Emil Leißner, Oranienstr. 158.**  
 Proben franko!

## Betten

Theilhabung **F. R. Reitzel** Bettfedern - Spezialgeschäft, Brückenstr. 5 (Jannowbrücke). [1061L]

## Schwarze Cachemires

1079L  
 in nur guten Qualitäten (Kette) allerbillig bei **D. Levin,** N. Reindendorferstraße 18.

## Einsegnungs-Anzüge

1121L  
 in Jaquet-Jaçon, blau u. schwarz, in nur guten Stoffen  
 von 15 M. an.  
**Julius Lindenbaum,** Berlin O., Frankfurterstr. 130.

## Freie Aussicht

1121L  
 Wohnung v. 2-3 Stuben mit u. ohne Bad, Bad, Keller sof. z. verm. **Friedenstr. 55.** [1061L]

## Arbeitsmarkt.

Geübter **Wickelmacher,** nur feste verl. **Hochstraße 2a.**  
**Tüchtige Goldschmittmacher** auf schrägen Goldschnitt verlangt für Berliner Kunstdruck- u. Verlags-Anstalt v. **A. & C. Kaufmann,** Marien-Strasse Nr. 23.  
 Ein **Marmorhauer** und **Schleifer** Möbelplatten verl. **H. Hamburgstraße 2.**  
 Hierzu eine Beilage

## Internationaler Arbeiterkongress zu Brüssel.

Brüssel, 19. August 1891.

Aus dem Bericht Vandervelde's über die Resolution betr. Arbeiterschutz-Gesetzgebung wollen wir noch nachtragen:  
Vandervelde erklärt es für unnötig, dem Kongress den Stand der Arbeitsgesetzgebung in den verschiedenen Industrieländern zu erklären. Worauf es ankomme, sei zu erfahren, was bei den Pariser Kongressen geschehen sei. Und darauf haben die Delegierten aller Länder geantwortet: Nichts! Gewiss haben die Kongresse die Berliner Konferenz herbeigeführt, also einen moralischen Sieg der Sozialisten, aber was war deren Resultat? War wurden einzelne reaktionäre Regierungen wenigstens zum Schritt in der Richtung des Arbeiterschutzes gezwungen, hätte konnten aber andere Länder gerade infolge dieser Beschlüsse mit der Berufung auf andere Länder ihr Tempo zurücknehmen, und so ist die Folge dieser Konferenz für die Arbeiter hier ein Nachtheil, als Vortheil. In den Vereinigten Staaten hat man nicht nur keinen Fortschritt gemacht, sondern in einzelnen Staaten wurden vielmehr diese Gesetze für verfassungswidrig gehalten; die einzige Verbesserung ist die Aushebung des Achtstundengesetzes auf die Postboten. In Deutschland hat man sich auf die Regelung der Frauen- und Kinderarbeit beschränkt. Auch in Oesterreich wurde im Grunde nur das Verbot der Sonntagsarbeit durchgeführt. In Dänemark geschah gar nichts mehr. Ein sozialistischer Deputirter hat im Parlament ein Achtstundengesetz eingebracht, aber es wird zweifellos abgelehnt. In Schweden wurden drei Fabrikinspektoren ernannt, das ist Alles. In Rumänien geschah gar nichts. In der Schweiz sucht man die Alters- und Unfallversicherung zu schaffen und hat das Fabrikgesetz auf alle Betriebe ausgedehnt. In Frankreich wurden einige unbedeutende Gesetze über Frauen- und Kinderarbeit, Arbeitszeit und ein paar Verordnungen über Statistik sowie ein Arbeitrath geschaffen. In England eine Verbesserung in den Bestimmungen über Kinderarbeit durch Festsetzung des 12. Lebensjahres; doch hofft man das Achtstundengesetz für Spinnerinnen, Bergleute und Eisenbahnangestellte zu erreichen. In Holland ein Gesetz über Frauen- und Kinderarbeit und in Belgien ein belangloses Gesetz über Frauen- und Kinderarbeit, über Arbeitsausweise, zu welchen Theilen aus Arbeitern und Arbeitgeber bestehend. Das ist Alles. Aber auch diese jämmerlichen Bestimmungen sind nicht einmal durchgeführt worden; sie blieben fast überall ein toter Buchstabe. Die Fabrikanten seien wie Kinder die sagen: du darfst mich schlagen, aber nicht — was machen. So sagen die Arbeiter zur Regierung: Wir wollen gerne die gesetzlichen Beschränkungen über uns ergehen lassen, vorausgesetzt, daß wir die Ausbeutung künftig gerade so rückwärts überlassen dürfen, wie bisher! Kurz, die Resultatlosigkeit der Berliner Konferenz muß die Arbeiter zur Ueberzeugung bringen, daß sie nur durch ihre eigene Kraft sich Reformen erringen werden. Daher unermüdbare Propaganda und Eroberung der politischen Macht, des Parlaments durch Entsendung von Sozialisten in die gesetzgebenden Körperschaften.

### Siebtente Sitzung.

Mittwoch Vormittag 10 Uhr.

Fortsetzung der Debatte über Arbeiterschutz. Den Vorsitz führt Komela Neuenhaus und Branting (Schweden). Vierzehn Beschlüsse wurden angenommen, meist aus Deutschland, werden folgende:  
1. John, Vertreter der jüdischen Arbeiter in Amerika, vertritt die Resolution Aufnahme der Erklärung des Klassenkampfes und dessen, daß wir denselben fortführen müssen in allen Konsequenzen, bis das Lohnsystem gefallen. Bei allem Wohlwollen gegen die Gewerkschaften dürfe man nie zu vergessen, daß die bloß gewerkschaftliche Organisation ungenügend sei und die politische Macht von den Arbeitern erobert werden müsse.  
2. Adler (Wien) wendet sich gegen einige Irrthümer, die sich in die Uebersetzungen und Berichte über den Stand des Arbeiterschutzes in Oesterreich eingeschlichen hätten. Gewiss, seit den Pariser Kongressen sei nichts geschehen. Aber die Annahme, es sei in Oesterreich überhaupt keine Arbeiterschutz-Gesetzgebung vorhanden, sei irrig. Oesterreich besitze neben England und der Schweiz das beste Arbeiterschutz-Gesetz der Welt; wir haben Sonntagsarbeit, Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Kinder und die Sonntagsruhe — freilich, alle diese schönen Bestimmungen seien hauptsächlich bloß auf dem Papier. Und dann, und nicht nur, was einzelne Länder sehr ausgedehnt besitzen, und ohne das der ganze Arbeiterschutz illusorisch ist — das Recht der Arbeiter auf die Wahlung der Aufsichtsräte — wir haben kein Verbot, kein Versammlungs- und im Grunde kein Koalitionsrecht.

Im Allgemeinen könne er seine Befriedigung über die Resolution ausdrücken; freilich hätte die Forderung des Achtstundengesetzes nicht erst seit den Pariser Beschlüssen, sondern sei so alt, wie die sozialistische Bewegung. Die Bourgeoisie habe aber diese Forderung gefächelt; wie sie die Nahrungsmittel fälscht, so fälsche sie auch die Forderung; sie habe die Idee der Freiheit gefächelt, die der Gleichheit und jetzt die des Arbeiterschutzes. Daher ist es nötig, zu erklären, daß das, was die Bourgeoisie unter Arbeiterschutz versteht, nicht unsere Auffassung sei. So sehen wir in England und der Schweiz die Fabrikanten sich als warme Anhänger des Arbeiterschutzes aufspielen — jedoch müsse er international verstanden werden, so lange die anderen Staaten zurückstehen, könnten auch sie nichts thun. Da gestaltet sich der internationale Arbeiterschutz thatsächlich zu einem internationalen Ausbeuter-Kongress, weil die Bourgeoisie sich hütet, einen nationalen Arbeiterschutz zu schaffen; wir müssen daher immer wieder erklären, daß wir eigenen Lande Hand angelegt werden. — Wir Oesterreicher müssen wie die Deutschen zu den revolutionären Sozialisten. Es kommt freilich sehr radikal, den ganzen Parlamentarismus zu verwerfen, das ist falsch. Für uns ist der ganze Parlamentarismus, der uns in Wahrheit, Stimmrecht, Arbeiterschutz nur Mittel und Zweck, ein gutes Mittel, um die Gebirge zu revolutionären zu machen, welche die Arbeiter diese Revolution ausführen sollen. Ueber diesen Mittel werden wir nie das Ziel aus den Augen verlieren.

Der Schluß kam Redner auf den Pausen zu sprechen, der die Unterstützung eines Kandidaten von der Zusage des Arbeiterschutzes abhängig macht. Das sei ungenügend, dagegen könne er stimmen, wenn dagegen die Zustimmung zu den Pariser Kongressbeschlüssen gefordert würde, wäre er einverstanden, weil diese nicht bloß Schutzbestimmungen enthalten, sondern eine prinzipielle sozialistische Erklärung enthalten. In Oesterreich haben kein allgemeines Wahlrecht, für uns greifen die Verordnungen sehr nahe, mit den bürgerlich-radikalen Parteien so möglich auf Grund solcher Forderungen; wir haben aber stets zurückgewiesen, weil wir der Ueberzeugung sind, daß die herrschenden Klassen der Gesellschaft erhalten wir unsere Forderungen nicht verwirklicht, die Arbeiter aber gewinnen wir nicht, wenn wir unsere Forderungen selber verfallen oder einstecken. (Beifall.)

Solders giebt die Erklärung ab, daß die belgischen Genossen mit dem Justizminister konföderiert und von ihm erfahren haben, daß die belgische Regierung niemals daran gedacht habe, Merlina an Italien auszuliefern; er sei verhaftet worden wegen Bankbruchs und bereits gestern Nachmittag an die Grenze geführt worden und nach London abgereist.

Frank (unter der Pariser Kommune bekanntlich Arbeitsminister als welcher er u. g. schon die Nacharbeit der Väcker abschaffte; er wußte dies Verbot durchzuführen, indem er Militärposten vor die Bäckereien stellte) wendet sich gegen die vage, schwächliche und unbestimmte Form der Resolution; er verlangt den Klassencharakter der Arbeiterbewegung ausgedrückt, sowohl gegenüber den bürgerlichen Parteien, die z. B. in Frankreich erklären, seit 1789 gebe es keine Klassen mehr, aber auch gegenüber gewissen Richtungen in der Arbeiterklasse, welche jede Forderung des Arbeiterschutzes schon als Sozialismus erklären. Auch gegen die Fassung des Schlusssatzes wendet er sich, weil sie die Deutung zulasse, daß die Arbeiter ihren Widerstand nur gegen die industrielle Ausbeutung, die liberalen Parteien richten sollen, man müsse ebenso die Merkantil-konföderativen Parteien und das Agrarierthum bekämpfen. Es gelte, klipp und klar zu erklären, daß das Hauptaugenmerk auf die Eroberung der politischen Macht zu richten sei, weil die ökonomische Befreiung nur möglich, wenn die Arbeiter die Fäden der Regierung in der Hand haben.

Es werden verschiedene Amendements eingebracht, die der Kommission überwiesen werden.

Brüssel, 19. August 1891.

### Mittwoch, Nachmittags 3 1/2 Uhr.

Frau Marg-Aveling konstatirt im Auftrage der englischen Delegation, daß die Aeußerungen des englischen Delegirten Holms falsch wiedergegeben seien. Holms sprach gegen Annahme der von Adler, Cahn und Frank beantragten Änderungen; er fürchte, dieselben würden manche der älteren englischen Gewerkschaftler zurückstoßen und so das Einschwenken derselben in die sozialistische Bewegung, die von Tag zu Tag mehr Anhänger unter den Gewerkschaftlern gewinne, verzögern. Sie, die mit der Resolution einverstanden seien, würden dies aber im Interesse der Sache bedauern, weil dann sogar zu befürchten sei, daß künftige internationale Kongresse nicht mehr von diesen Gewerkschaftlern besetzt würden. Niemand aber, fährt Frau Aveling fort, sei von dem Redner daran gedacht worden, — zu erklären, wenn ihre Auffassung nicht akzeptirt würde, so würden die Engländer den Kongress verlassen. Das sei ein Mißverständnis gewesen.

Eine Reihe Depeschen (aus Eupen, Wien, Berlin (A), Rom, Brandenburg, Coblenz, Bremen, Hamburg, Siegen, Karlsruhe), sowie eine Begrüßungsschrift von Engels in London wurde mit großem Beifall angenommen.

Die Engländer laden, um die Friedensbetrübung der Arbeiter demonstrativ zu bekunden, zu einem gemeinsamen Besuch des Schlachtfeldes von Waterloo ein.

Vandervelde (Belgien) referirt als Berichterstatter der Kommission betr. Arbeiterschutz und berichtet einige Irrthümer. Trotzdem in der Debatte verschiedene Gesichtspunkte geltend gemacht wurden, seien die Arbeiter — eingedenk des Marx'schen Wortes, in der Sache einig und so fordere er auf, die Resolution wie in der Kommission so auch hier einstimmig anzunehmen.

Durch Akklamation wurde, unter brausendem Jubel, die Resolution in folgender Fassung einstimmig angenommen:

Der Kongress, welcher sich auf dem Boden des Klassenkampfes stellt und überzeugt ist, daß die Befreiung der Arbeiterklasse ohne Aushebung der Klassenherrschaft nicht möglich ist, erklärt:

Die seit den internationalen Kongressen zu Paris im Jahre 1889 in den einzelnen Ländern erlassenen Arbeiterschutz-Gesetze und Verordnungen entsprechen in keiner Weise den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterklasse.

Inbesondere haben die Verhandlungen der internationalen Arbeiterschutz-Konferenz zu Berlin, deren Einberufung zugestandenemessen unter dem Druck der Pariser Kongresse stattfand und insofern als eine KonzeSSION an die wachsende Macht der Arbeiterklasse zu betrachten ist, bewiesen, daß die Regierungen die notwendigen Reformen nicht wollen.

Dagegen haben die Verhandlungen der Arbeiterschutz-Konferenz zu Berlin verschiedenen der beteiligten Regierungen den Vorwand geliefert, unter Hinweis auf jene Beschlüsse und auf die Mangelhaftigkeit der Arbeiterschutz-Gesetzgebung in anderen konkurrierenden Ländern von jeder weitergehenden Arbeiterschutz-Gesetzgebung abzusehen, ein Verfahren, welches unzulässigen Rücksichten entspringt und das daher auf das Entschiedenste verurtheilt werden muß.

Desgleichen konstatirt der Kongress, daß die bestehende, an und für sich mangelhafte Arbeiterschutz-Gesetzgebung ungenügend gehandhabt und kontrollirt wird.

Der Kongress fordert daher die Arbeiterklasse aller Länder auf, durch eine energische Agitation und mit allen der Arbeiterklasse der einzelnen Länder zweckmäßig erscheinenden Mitteln für die Befreiung des Pariser Kongresses, auch wenn diese Agitation zunächst keinen anderen Erfolg hat, als der Arbeiterklasse der einzelnen Länder zu beweisen, daß die herrschenden und ausbeutenden Klassen jeder wirksamen Arbeiterschutz-Gesetzgebung feindselig gegenüberstehen.

Im Weiteren fordert der Kongress:

1. In jedem Lande eine permanente Enquete über die Arbeitsbedingungen und Lage der Arbeiterklasse zu organisiren.

2. In Anbetracht der Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, insbesondere mit Rücksicht auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die Arbeiterorganisationen und Parteien auf:

1. In jedem Lande eine permanente Enquete über die Arbeitsbedingungen und Lage der Arbeiterklasse zu organisiren.

2. In Anbetracht der Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, insbesondere mit Rücksicht auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die Arbeiterorganisationen und Parteien auf:

1. In jedem Lande eine permanente Enquete über die Arbeitsbedingungen und Lage der Arbeiterklasse zu organisiren.

2. In Anbetracht der Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, insbesondere mit Rücksicht auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die Arbeiterorganisationen und Parteien auf:

1. In jedem Lande eine permanente Enquete über die Arbeitsbedingungen und Lage der Arbeiterklasse zu organisiren.

demokratie, um gemeinsam den großen Kampf für die Befreiung der Menschheit zu führen.

Solders erklärt im Namen des Bureaus: In der Frage sind wir alle einig. Wie wir früher unsere Sympathien für die verfolgten russischen Revolutionäre bekundeten, so jetzt für die verfolgten russischen Juden. Der Antisemitismus ist eine Erscheinung, die ihre Wurzeln ausschließlich in den bürgerlichen Parteien hat und seine Erklärung u. A. auch darin findet, daß die jüdischen Ausbeuter die pfiffigeren Ausbeuter seien, worauf die christlichen Ausbeuter neidisch seien. Für die jüdischen Unterdrückten gebe es nur ein Mittel der Befreiung: Eintritt in die Reihen des Sozialismus und schlage er im Namen des Bureaus folgende Resolution vor, die mit einer kleinen Aenderung einstimmig angenommen wird.

In Erwägung, daß in den Prinzipien und Programmen der sozialistischen und Arbeiterparteien aller Länder von jeher klar ausgesprochen ist, daß sie keinen Gegensatz und keinen Kampf der Nationen oder Rassen anerkennen, sondern den Klassenkampf des Proletariats aller Länder und Klassen gegen die Kapitalistenklasse aller Länder und Rassen führen.

und daß es für die Proletarier jüdischer Rasse und Junge kein anderes Mittel der Emanzipation giebt als den Anschluß an die Arbeiterorganisationen der betreffenden Länder;

hält der Kongress unter Verurtheilung der antisemitischen und philosemitischen Hehereien, welche nur ein Mandat der Kapitalistenklasse und der politischen Reaktion sind, zu dem Zweck: die Arbeiter zu spalten und die sozialistische Bewegung von ihrem Ziele abzulenken;

eine Erörterung des von den amerikanischen Genossen jüdischer Zunge beantragten Punktes 4 der vorgeschlagenen Tagesordnung für überflüssig, und geht zur Tagesordnung über.

Schluß 1/2 Uhr.

Die Kommission, welche in der Frage der Stellung zum Militarismus berathen hat, wird morgen dem Kongress folgende Resolution unterbreiten:

„In Erwägung, daß der Militarismus, der in diesem Augenblick auf Europa lastet und die unvermeidliche Folge des sichtbaren und latenten Kriegszustandes ist, der der Gesellschaft durch das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und durch den Klassenkampf beschieden ist;

erklärt der Kongress, daß alle Versuche, den Militarismus abzuschaffen und den Frieden unter den Völkern herbeizuführen — so edelmüthig auch diese Bestrebungen sein mögen — ohnmächtig bleiben müssen, wenn sie nicht die ökonomischen Quellen des Uebels treffen;

daß vielmehr allein die sozialistische Gesellschaftsordnung, indem sie der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende macht, den Militarismus beseitigen und den definitiven Frieden herbeiführen wird;

daß es folglich Pflicht) und das Interesse aller, welche den Kriegsgefahren ein Ende machen wollen, ist, der internationalen Sozialistenpartei beizutreten, welche die einzige Friedenspartei ist;

fordert der Kongress angesichts der immer drohenden europäischen Situation und Angesichts der chauvinistischen Bestrebungen der herrschenden Klassen aller Länder alle Arbeiter der Welt auf, unermüdblich und energisch gegen alle Kriegsbefestigungen und gegen die Bündnisse, welche diese bezüglichen, zu protestiren und ihnen entgegenzuwirken, sowie den Sieg des Sozialismus durch die internationale Organisation des Proletariats zu beschleunigen.

Der Kongress spricht die Ueberzeugung aus, daß dies das einzige Mittel ist um einem Weltkrieg entgegenzuwirken dessen furchtbare Folgen die Arbeiter zu tragen hätten, während die Verantwortlichkeit für diese Folgen vor der Geschichte und der Menschheit den herrschenden Klassen zufällt.

## Tokales.

Zur Neugestaltung des Vorortverkehrs. Die am 17. d. M. erfolgte Bekanntmachung der Eisenbahn-Direktion Berlin giebt nun über die Neugestaltung des Vorortverkehrs mittels des am 1. Oktober in Kraft tretenden neuen Tarifs ein überschüssiges Bild. Zunächst ist aus demselben zu ersehen, daß abgesehen von der Strecke Berlin—Strausberg, auf welcher die Vorortzüge jetzt bis Dahmsdorf—Müncheberg geführt werden, Erweiterungen des Begriffs „Vorortverkehr“ nicht stattfinden. Das ist sehr zu bedauern, denn wenn die billigen Fahrpreise der gesammten Umgebung Berlins gleichmäßig und in gerechter Weise zu Gute kommen sollen, so müßten die Vorortzüge bis zu einer bestimmten Entfernung — etwa 45 Kilometer — erweitert werden. Die Entfernungen, welche jetzt von den Vorortzügen durchfahren werden, sind auf den verschiedenen Eisenbahnen sehr verschieden. Die weitesten Entfernungen (je 47 Kilometer) sind Schleißer Bahnhof—Fürstentum und Schleißer Bahnhof—Dahmsdorf, die kürzeste Strecke ist Anhalter Bahnhof—Gr. Lichterfelde mit 9 1/2 Kilometer. Es würde nur gerecht sein, wenn der Vorortverkehr auch auf annähernd gleiche Strecken ausgedehnt würde. Als mittlere Entfernung für diesen Verkehr würden zweckmäßig 45 Kilometer (ca. 6 Meilen) anzunehmen sein. Dadurch würden die bestehenden Vorortstrecken bis zu folgenden Endstationen ausgedehnt: Berlin—Oranienburg bis Löwenberg (46 Kilometer); Berlin—Bernau bis Eberswalde; Berlin—Königs-wusterhausen bis Großkröns (42 Kilometer); Berlin—Jossen bis Neuhof (42 Kilometer); Berlin—Lichterfelde bis Ludenwalde (49 Kilometer); Berlin—Nauen bis Paulinenaue (49 Kilometer). Ferner wird man auch auf der Lehrtz und Wehlarer Bahn, die einen eigentlichen Vorortverkehr nicht besitzen, neue billige Kolonialzüge einlegen müssen; etwa Lehrtz Bahnhof—Spandau—Groß-Behring (43 Kilometer) und Potsdamer Bahnhof—Wannsee—Belling (44 Kilometer). Es darf vorausgesetzt werden, daß der Verkehr auf den neu erschlossenen Strecken in kurzer Zeit ein recht belebter werden wird, denn hier ist der Bodenwerth und dementsprechend die Wohnungsmiethe noch so mäßig, daß durch die Ersparung am Mietzins der Zeitverlust für die Fahrt und der Geldverlust in Gestalt des Fahrgeldes aufgewogen wird. Eine tief einschneidende Frage wird durch die offizielle Bekanntmachung nicht genügend aufgeklärt. Es heißt in der letzteren u. A.: „Neben den auf diese Weise berechneten bleiben nur diejenigen ermäßigten Fahrkarten bestehen, welche tarfmäßig allgemein eingeführt sind, also Zeitkarten, Schülerkarten, Arbeiter- und Wochenkarten und Arbeiter-Rückfahrkarten.“ Es bleibt hiernach zweifelhaft, welche Grundpreise z. B. für die Berechnung des Preises für Zeitkarten maßgebend sein sollen. Etwa die jetzigen hohen Normalpreise? Dann würde auf eine Zunahme des Verkehrs mit Zeitkarten nicht zu hoffen sein und eine solche Gepflogenheit würde auch von derjenigen auf der Stadt- und Ringbahn abweichen. Der neue billige Zonentarif für den Vorortverkehr entspricht ziemlich genau den Sätzen des Zonentarifs

der Stadtbahn! Auf letzterer werden nur die vom Normaltarif erheblich abweichenden billigen Zonenfahrpreise als Grundpreise für die Zeitkarten angenommen. Daraus kann gefolgert werden, daß auch für den Vorortverkehr künftig die billigen Zonenfahrpreise und nicht die hohen Normalpreise den Berechnungen der Zeitkarten zu Grunde gelegt werden. Als sicher kann dies aber nicht angenommen werden. In der offiziellen Bekanntmachung heißt es nämlich am Schluss noch: „Die mit normal berechneten Fahrkarten ausgerüsteten Reisenden können auch die Vorortzüge benutzen. Das Nähere werden die amtlichen Bekanntmachungen der Eisenbahnbehörde ergeben.“ Danach scheint also neben den billigen Fahrkarten noch eine zweite Sorte zu höheren, nämlich normalen Fahrpreisen in Aussicht zu stehen und die so oft bemängelte Ungleichheit in den Fahrpreisen für dieselbe Wagenklasse wäre dann glücklich weiter konterviert. Für die Inhaber der Zeitkarten und solche, die es werden wollen, kann sich an dieses Mähen aber noch eine bittere Enttäuschung knüpfen. Den Betriebsbestimmungen für die preussischen Staatsbahnen entsprechend erfolgt die Berechnung der Zeitkarten-Preise nach Maßgabe der Staatsbahn-Personenzugs-Tarife. Es steht demnach in dem Belieben der Bahnverwaltung, die jetzigen hohen Preise für die Zeitkarten im Vorortverkehr beizubehalten. Das wäre allerdings ein Vermuthungstropfen in den Preudenbecher der Preisermäßigung. Hoffen wir, daß die mittrauischen Zweifel unbegründet sind und auch den Abonnenten im Vorortverkehr die „Reform“ zu Gute kommen soll.

Wie in der Bekanntmachung der Königl. Direktion Berlin mitgeteilt wird, gelten für die Bildung der Fahrpreise zwischen den Vororten und der Stadt- und Ringbahn die gleichen Grundsätze wie für den neuen Vorort-Tarif, sofern nicht durch Anstöß der Stadt- und Ringbahntarife an den betreffenden Endbahnhof der Vorortstrecken billigere Ergebnisse erzielt werden. Der zweifelhafte Tarif der Stadtbahn (10 bzw. 20 Pf. in III. und 15 bzw. 30 Pf. in II. Klasse) wird auf den Verkehr der Ringbahn und Ring-Stadtbahn übertragen.

Es ist nunmehr möglich, die künftigen Fahrpreise für alle in Betracht kommenden Vorortstationen genau zu berechnen und die vor einigen Tagen in einzelnen Blättern veröffentlichte Fahrpreistabelle zu berichtigen und zu vervollständigen. Wir geben nachstehend eine ausführliche Tabelle der vom 1. Oktober ab geltenden Fahrpreise in Weisungen und bemerken dabei, daß sich die Preise für die einfache Fahrt verstehen. Da die Fahrkarten in beiden Richtungen Gültigkeit haben, so kann man bei Antritt der Fahrt gleich eine zweite Fahrkarte für die Rückfahrt mitlösen. Da wegen der Kinder- und Jugendfahrkarten besondere Bestimmungen nicht getroffen sind, so treten dieselben Ermäßigungen wie im gewöhnlichen Verkehr in Kraft; es sind also Kinder unter 4 Jahren frei, ein Kind im Alter von 4-10 Jahren zahlt den halben Preis, zwei Kinder in diesem Alter werden auf ein volles Billet befördert.

Zu beachten ist noch, daß nach der neueren Bekanntmachung Gepäckbeförderung nur zwischen Haltestellen der Vorortzüge stattfindet. Freigelegte wird nicht gewährt, dagegen tritt ein ermäßigter Gepäctarif in Verbindung mit einer erleichterten Abfertigungsart in Kraft.

**Die Fahrpreise betragen für die Strecke:**

**1. Berlin—Dranienburg.**

Vom Steinitzer Bahnhof nach

	II. Klasse	III. Klasse
Gesundbrunnen	15 Pf.	10 Pf.
Bankow	15	10
Schönholz	15	10
Reinickendorf	15	10
Dallwitz	30	20
Waldmannslust	30	20
Hermisdorf	30	20
Stolpe	45	30
Hohen-Neuendorf	45	30
Birkmwerder	60	40
Borgsdorf	70	45
Lehmitz	85	55
Dranienburg	90	60

**2. Berlin—Bernau.**

Vom Steinitzer Bahnhof nach

	II. Klasse	III. Klasse
Bankow	15 Pf.	10 Pf.
Blankenburg	30	20
Carow	30	20
Buch	30	20
Repernick	45	30
Bernau	60	40

**3. Berlin—Straußberg.**

Vom Schlessischen Bahnhof nach

	II. Klasse	III. Klasse
Stralau-Rummelsburg	15 Pf.	10 Pf.
Sichtenberg-Friedrichsfelde	15	10
Biesdorf	30	20
Kaulsdorf	30	20
Hoppegarten	45	30
Friedersdorf	60	40
Mädersdorf	80	60
Straußberg	95	65

Zuschlag für Stadtbahn-Stationen: bis Friedrichstraße II. Kl. 15 Pf., III. Kl. 10 Pf.; bis Charlottenburg 30 bzw. 20 Pf.)

**4. Berlin—Fürstentum.**

Vom Schlessischen Bahnhof nach

	II. Klasse	III. Klasse
Stralau-Rummelsburg	15 Pf.	10 Pf.
Stralau-Ries	15	10
Sadowa	30	20
Köpenick	30	20
Friedrichshagen	30	20
Rahnsdorf	45	30
Erdner	70	45
Fangelschleife	100	65
Fangelschleife	130	85
Fürstentum	175	115

(Zuschlag für Stadtbahn-Stationen: bis Friedrichstraße II. Kl. 15 Pf., III. Kl. 10 Pf.; bis Charlottenburg 30 bzw. 20 Pf.)

**5. Berlin—Königs-Wusterhausen.**

Vom Görlitzer oder Schlessischen Bahnhof nach

	II. Klasse	III. Klasse
Baumshulenberg	15 Pf.	10 Pf.
Johannisthal	15	10
Adlershof	30	20
Glennide	30	20
Grünau	30	20
Schmöckwitz	45	30
Pankels Wölge	60	40
Königs-Wusterhausen	85	55

(Stadtbahn-Zuschlag wie oben.)

**6. Berlin—Jossen.**

Vom Anhalter Bahnhof nach

	II. Klasse	III. Klasse
Säbende	15 Pf.	10 Pf.
Marienthal	30	20
Lichtenrade	30	20
Mahlow	45	30
Dahlwitz	55	35
Rangsdorf	70	45
Jossen	105	70

**7. Berlin—Groß-Lichterfelde.**

Vom Anhalter Bahnhof nach

	II. Klasse	III. Klasse
Säbende	15 Pf.	10 Pf.
Groß-Lichterfelde	30	20

**8. Berlin—Wannsee und Berlin—Potsdam.**

Vom Potsdamer Bahnhof nach

	II. Klasse	III. Klasse
Schöneberg	15 Pf.	10 Pf.
Friedenau	15	10
Steglitz	15	10
Groß-Lichterfelde	30	20
Rehendorf	30	20
Schlachtensee	45	30
Wannsee	45	30
Neubabelsberg	70	45
Potsdam	85	55
Charlottenhof	90	60
Wildpark	90	60

**9. Berlin—Nauen.**

Vom Lehrter Bahnhof nach

	II. Klasse	III. Klasse
Spandau	30 Pf.	20 Pf.
Seefeld	55	35
Finkenkrug	70	45
Nauen	115	75

Zuschlag für Stadtbahn-Stationen: bis Friedrichstraße 15 Pf. bzw. 10 Pf.

Schlessischen Bahnhof	30	20
-----------------------	----	----

**Kein Dünkel.** Gleich wie f. Z. Frau Nina Morgenstern und Genossen voller Stolz auf die „Erfolge“ der Berliner Volkskassen hinweisen und diese Erfolge beisteilen aus der immer wachsenden Inanspruchnahme dieser Suppenanstalten, so lassen jetzt auch laut die Schöpfer der Naturalversorgungsstationen ihren Ruhm verüben, ihre Verdienste um das Volkwohl preisen und auf ihre „Erfolge“ hinweisen. Und zwar ist es Herr v. Massow, der in seiner „Statistik der Versorgungsstationen“ sich dieser Aufgabe unterzieht und in derselben höchst schätzenswerthes Material bietet. Nachdem er eine Schilderung der Zustände gegeben, die vor etwa 12 Jahren bestanden, als die „200 000 Tausend täglich und hauptsächlich vom Bettel lebenden, armen Reisenden“ das Land durchzogen und vor allen Thüren bettelten (der „Bettelerwerb“ soll durchschnittlich 2 W. pro Tag betragen haben) sagt er weiter:

„Seit zwölf Jahren ist das anders und viel besser, wenn auch noch nicht ganz gut geworden. Und das Verdienst an diesem großen Fortschritte haben in erster Linie nicht staatliche oder kommunale Behörden, sondern Privatleute und freie Vereine, die Vereine gegen Bettel, welche erst zentrale Gabelstellen schufen, um die Hausbettelei zu beseitigen, und dann „barmherzige Holzställe“ einrichteten, die Vereine, welche Arbeiterkolonien schufen und diejenigen, welche Naturalversorgungsstationen einrichteten. Letztere werden von denen, welchen überhaupt nichts Beliebiges gefallen kann, reichlich bespöttelt und verdächtigt; desto angebrachter ist es, auf ihre großen Erfolge hinzuweisen. Es gibt jetzt 1957 solcher Stationen in Deutschland, sie sind über das ganze Reich vertheilt, so daß nur zwei große stationlose Gebiete noch übrig sind: Ost-Lothringen und der Küstenstreich von Friesland bis Mecklenburg. In diesen Anstalten, an deren Vertheilung und Verwaltung freilich noch zu bessezen übrig bleibt, sind im vergangenen Jahre 1 986 091 Nachtquartiere an arme müde Wanderer gegeben; diejenigen, welche sie erlitten, brauchten nicht das Geld zur Ueberwindung zu erbetteln, sie waren den Verfahrungen der Schnapsweipen nicht ausgesetzt. An Mittagessen sind 972 490 Portionen, an Abendessen 1 871 591 und an Frühstück 1 682 098 Portionen abgegeben; daß diese letzteren Zahlen kleiner sind als die Zahl der Nachtquartiere, ist bedauerlich, auch hier werden die verdienstlichen Väter der Sache sich um Abhilfe bemühen: immerhin aber sind diese Zahlen der beste Schild gegen die Spötter, welche ja ihrerseits für das Wohl der „Durchreisenden“ gar nichts thun. Die Kosten dieser Leistungen betragen durchschnittlich auf den Tag und Mann 64 Pf., das macht auf das ganze Jahr und die ganze Mannschaft 1 917 072 M.“

Wir gehören nun keineswegs zu den Spöttern, können uns aber nicht zu der Ansicht ausschwingen, daß durch Eindämmung der Bettelerei, welche von Herrn v. Massow als ein „großer Erfolg“ hingestellt wird, schon irgend etwas gebessert sei. Man hat sich die „Kästgen“ eben vom Halse geschafft und einen plausiblen Grund gefunden, diese von seiner Schwelle zu weisen. Das ist Alles. Denn im Grunde genommen sind doch die Versorgungsstationen nur eine andere Form des Almosengebens. Für uns sind diese, ebenso wie die Volkskassen, nur Gradmesser der steigenden Verarmung des Volkes und die statistischen Zahlen, die für jene Volksfreunde erfreulich erscheinen, sind für uns im höchsten Grade bedauerlich. Und wenn alle jene Volksbeglätter stolz sind auf ihre „Erfolge“, so sind diese „Erfolge“ für uns nur greifbare Beweise für die Nothwendigkeit einer Neugestaltung der Dinge.

Die „Freisinnige Zeitung“ macht den Versuch, einige auf dem Londoner Internationalen Kongress für Hygiene und Demographie gemachte Angaben, welche die Wechselbeziehungen zwischen Verarmung und Lebensdauer betreffen, gegen die Sozialdemokratie auszubringen. Sie hat damit, wie der Leser sich aus folgendem überzeugen wird, entschieden Unrecht. Die „Freis. Ztg.“ schreibt: „Wie man weiß, gehört es zu den Lieblingsbehauptungen der Sozialdemokratie, gerade den ungelerten Handarbeiter als das am meisten ausgebeutete, unter den heutigen Verhältnissen der gesellschaftlichen Organisation am härtesten leidende, geplagteste Geschöpf auf Erden hinzustellen.“ Daß die Sozialdemokratie dies gerade vom „ungelernten“ Arbeiter sage oder den Unterschied zwischen „Gelernten“ und „Ungelernten“ in diesem Punkte betone — davon ist und nichts bekannt. Ebenso wenig betont oder behauptet ein Sozialdemokrat einen Unterschied zwischen anstrengender körperlicher und anstrengender geistiger Arbeit dahin, daß die letztere weniger gesundheitschädlich sei und die Arbeitskraft der Geistesarbeiter unter den heutigen Verhältnissen weniger in Anspruch genommen werde. Die „Freis. Ztg.“ widerlegt also auch gar nicht, wenn sie schreibt: „Die Mittheilungen Dr. Oglet's, welche auf das statistische Material der jüngsten englischen Volkszählung gestützt sind, führen den Nachweis, daß körperliche Arbeit, selbst solche anstrengender und andauernder Art, den menschlichen Organismus nicht entfernt so intensiv angreift und abnutzt, als angepöbelte Geistesarbeit.“ Ganz richtig, aber davon ist und nichts bekannt, was die „Freis. Ztg.“ behauptet, „daß ein aufreizendes Uebermaß geistiger Thätigkeit bei den höher stehenden Klassen mehr und mehr zur Regel wird.“ Die „Freis. Ztg.“ möchte fügen die „geistig arbeitenden Gruppen“ mit den „höher stehenden Klassen der Gesellschaft“ identifizieren. Unsere Bourgeoisie „übermäßig geistig thätig“, das ist im allgemeinen doch sicher nicht die Wahrheit. Die „Freis. Ztg.“ sucht es zu erhärten durch die Thatsache, daß Nerven- und Geisteskrankheiten, Selbstmord unter ihnen (nämlich den höher stehenden Klassen) zehnmal größere Verwüstungen anrichten, als auf Rechnung der Berufsthätigkeiten des ungelerten Handarbeiters zu setzen ist.“ Daß Nervenkrankheiten und nun gar der Selbstmord am meisten, oder der Selbstmord auch nur zu einem beträchtlichen Prozentsatz auf übermäßige geistige Arbeit zurückzuführen seien, ist allerdings eine merkwürdige Entdeckung, da dies bisher wohl Niemand angenommen hat. Die „Freisinnige Ztg.“ schlägt die Sozialdemokratie weiter noch folgendermaßen: „Ferner betonte Dr. Oglet, daß Niemand schwerer und länger zu arbeiten habe, als die Fischer-Fischer; dennoch bewirke der Umstand, daß dieser Beruf nicht mit dem Lobpreise der Arbeit in geschlossenen Räumen, dem Staube, zu kämpfen habe, daß die Sterblichkeitsziffer im Fischereigewerbe unter Einrechnung der Unfälle auf hoher See unter dem Prozentfusse einer ganzen Reihe von industriellen Betrieben zurückstehe.“ Die „Freis. Ztg.“ wird sich wohl selbst überzeugen, daß ihre Polemik gegen die Sozialdemokratie diesmal wieder eine recht thörichte gewesen ist.

**Ein Berichterstatter schreibt:** In letzter Zeit haben die betreffenden Behörden ein, aus welchen Verfahrungsarten herausgerissen sind, um sie anderweitig zu verwenden. Ein solches Verfahren wird mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft. Die genannte Verwaltung wird alle Fälle bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige bringen.

**Wie ein Berliner Arbeiter aussehen muß, um auf „Arbeiterbillets“ fahren zu können, mit dieser Frage hat sich kürzlich der Eisenbahnminister zu beschäftigen. Die häufiger sind Beschwerden darüber eingelaufen, daß Personen, welche an den Schaltern der Nordbahn hier selbst Arbeiter-Fahrkarten forderten, solche verweigert wurden, weil sie nicht wie Arbeiter ausähen. Derartige Bescheid bezüglich Ausgabe von Arbeiter-Fahrkarten wurde auch vier im Restaurationsbetriebe Angehörigen des Restaurants G. in Birkmwerder zu Theil, welche in Berlin wohnen und jeden Morgen nach diesem Vororte mit der Nordbahn hinausfahren. Bei einer ferneren Verweigerung der Ausgabe von Arbeiter-Fahrkarten verließen auch die Schalterbeamten, als ihnen die schriftliche Bestätigung des Herrn G. vorgelegt wurde, daß die vier Personen wirklich in Brot und Butter bei ihm ständen, müßig seine „Arbeiter“ seien. Nunmehr hat sich der Restaurateur beschwerdeführend an Herrn Thielen gewandt und um Auskunft darüber gebeten, auf welche Personen diese eigentlich „Arbeiterbillets“ anwendbar seien. Die Verantwortlichen dieser Beschwerde, resp. die klare Bestimmung, wer Alles ein „Arbeiter-Fahrkarte“ fahren darf, ist für das große Publikum von ungenügender Wichtigkeit und Tragweite; denn nach den Verhören der oben genannten Beamten zu urtheilen, macht für Jedermann, der als „Nichtarbeiter“ eine solche Fahrkarte beantragt, ein Betrug gegenüber der betreffenden Bahnverwaltung (Schuldig!**

**Die Zigaretten-Fabrikation beschäftigt Arbeiter aller Berufsarten, unter denen sich die Goldschmittmacher zu Spitzen stellen herausgehoben haben. Die Goldschmittmacher sind zum weitest größten Theile Hausindustrielle geworden und durch die Ausbeutung des Kapitals widerstandslos anheimgefallen. Daß die Goldschmittmacher noch immer Handarbeit verrichten, hat dieselbe nur dem Umstande zu verdanken, daß die Maschinen, welche bisher von den Fabrikanten zur Herstellung der jetzt schon unentbehrlichen Goldschmitts verwendet wurden, nicht als leistungsfähig erwiesen haben. Da anfänglich auf diesen Artikel Geld zu verdienen war, so warfen sich viele Fabrikanten selbständige auf die Anfertigung desselben, wodurch die Preise allmählich immer mehr heruntergedrückt wurden. Da nun auch der englische Markt, auf welchen von Berlin aus jährlich 80 Millionen Karten mit Goldschmitt gebracht wurden, durch Berliner Fabrikation durch die englischen Repressivmaßregeln gut wie verschlossen ist, so arbeiten gegenwärtig die Goldschmittmacher, nur um Arbeit zu erhalten, zu den denkbar billigsten Preisen. Die gegenwärtige schlechte Geschäftslage wird aber auch von den Fabrikanten nach besten Kräften ausgenutzt und die wahre Schmachtkonkurrenz groß gezogen, welche die Goldschmittmacher vollends existenzunfähig macht, indem die Fabrikanten noch immer ihr Schäfers ins Trockene zu bringen vermögen. Daß es in den anderen Zweigen der Zigaretten-Fabrikation nicht besser bestellt ist, beweist die brutale Ausnutzung der weiblichen Arbeitskräfte, welche bei einem Wochenverdienste von 4 bis 5 M. oft sogar die Hausdiener ersetzen müssen. Während durch eine solche Wirtschaftspolitik eine ehemals blühende Industrie erheblich geschädigt ist, werden die in derselben beschäftigten Arbeiter von den Unternehmern vollends ausgebeutet und die Verarmung breiter Volksmassen immer mehr bewirkt.**

**Ein Gutbesitzer in Prenken** wollte eine Hypothek aufnehmen und fand in einer Berliner Zeitung ein Inserat, welches zu vielen Millionen zu 5% und 4 pSt. ohne jegliche Pfandbriefe. Er sondte unter der betreffenden Chiffre ein Anerbieten ein und erhielt umgehend die Bekanntmachung eines Instituts, welches sich „Großer Berliner Geld- und Hypothekengeldmarkt“ nennt. Berlin-Wellend“ nennt. In diesem waren das Geschäftsfeld der Begründung desselben abgebildet. Zugleich ging ein Nachnahme-Brief über 3,50 M. ein, welchem gleich ein weiterer über 11,50 M. folgte. Der Gutbesitzer gehörte nicht zu den habere des Instituts in Franz Combert, ein Bruder des Verleibers des „General-Anzeigers“ (Heirathsvermittlungsbureau) Weide Brüder scheinen ihr Geschäft auf gleiche Weise zu betreiben.

**Große Verarmung hat in den theilhaftigen Kreisen** das Bekanntwerden einer Kundgebung des Kieler Polizeipräsidiums hervorgerufen, wonach den dortigen Baharieren und Präsidialen infolge der nachgewiesenen Uebertretung von Hausfriedensbrüchen mittelst der von diesen Gewerbetreibenden benutzten Instrumente die Desinfektion derselben empfohlen wird unter Hinweis auf die Bestimmung des § 230 des Strafgesetzbuchs, wonach wegen leichtfertiger Körperverletzung Strafen bis zur Höhe von 900 M. oder Gefängnis bis zu zwei Jahren verhängt werden kann. Diese Strafe kann bis auf drei Jahre Gefängnis erhöht werden, wenn der Thäter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufs oder Gewerbes befähigt ist verpflichtet war. Nun hat diese Angelegenheit bereits in mehreren Jahren das hiesige Polizeipräsidium beschäftigt und der Ergebnis der damals von dieser Behörde bei den kompetentesten Sachverständigen eingeholten Gutachten ging dahin, daß es zwecklos sei, ob Messer und Rämme wirksam nach jedem Gebrauch desinfiziert werden könnten. Sehr schwierig sei dies jedenfalls, da die Kosten für die gründliche und sachgemäße Desinfektion der Wärfen würden sich ziemlich so theuer stellen, wie der Preis eine neue Wärfen. Unter diesen Umständen nahm das hiesige Polizeipräsidium von einem Erlasse, welcher die Desinfektion der Wärfen und Friseur-Werkzeuge verordnete, Abstand. Im Gegentheil sah hierzu verordnete kurze Zeit darauf die Polizeibehörde in Nordhausen die Desinfektion dieser Werkzeuge von jetzt für die widerhandlungen eine Polizeifolge fest. Wesentlich hervorzuheben ist die Stellung, welche die Kieler Polizei in dem obengenannten Erlasse einnimmt, indem sie die durch ein solches Werkzeug bewirkte Krankheitsübertragung unter den strafrechtlichen Begriff der leichtfertigen Körperverletzung subsumiert. Die Ermittlungen, welche, wie vorerwähnt, das Berliner Polizeipräsidium in der Angelegenheit veranlaßt hat, wird es sich sein, anzunehmen, daß in einem gegebenen Falle die unterlassene Desinfektion der Werkzeuge die Uebertretung der Strafgesetze bewirkt hat. Wäre die Auffassung der Kieler Polizei aber so treffend, so müßte sie für Berlin ebenso maßgebend sein, wie in Kiel, denn hier wird dort gilt das gleiche Strafgesetz. In Berlin suchen sich die betreffenden Gewerbetreibenden dadurch zu helfen, daß sie für bestimmte Kunden besonders, oft deren eigent, in Verwahrung nehmen und anwenden.

**Nicht dringen genug kann, wie das „Berl. Tagblatt“ theilt, vor einem Schwabder gewarnt werden, welcher sein unwürdiges Geschäft gewerbetreibend zu betreiben scheint. Die studirt die Zeitungen fleißig; wenn er liest, daß irgend ein man wegen Verbrechens oder Vergehens in Untersuchungshaft genommen worden ist, so begiebt er sich zu der Frau, und im Vertrauen darauf, daß die Frauen gewöhnlich zu jedem Opfer bereit sind, um ihren Ehemännern in der Noth beizustehen, stellt er als Abgesandter eines Rechtsanwalts vor, dessen einen Gebührende von Gatte im Gefängnis erlösen habe, und sucht einen Gebührende vorzuschub zu erhalten, mit welchem er alsdann verschwindet. Die Nachricht durch die Zeitungen gegangen war, daß der Schwabdermeister P. in Charlottenburg unter dem dringenden Bedachte der vorfälligen Brandstiftung verhaftet worden ist.**



